

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Ernst-Otto Czempel
Die Politik der USA
im südlichen Afrika

Jürgen Domes
Die Aprilkrise in China

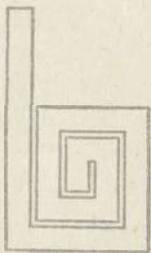
B 30/76
24. Juli 1976

Ernst-Otto Czempiel, Dr. phil., geb. 1927, Professor für Auswärtige Politik und Internationale Politik an der Universität Frankfurt; Forschungsgruppenleiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung.

Veröffentlichungen: Das amerikanische Sicherheitssystem 1945—1966, Berlin 1966; Das deutsche Dreyfus-Geheimnis, München 1966; Macht und Kompromiß. Die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen 1956—1970, Düsseldorf 1971; Schwerpunkte und Ziele der Friedensforschung, München 1972; sowie zahlreiche Aufsätze zu theoretischen und empirischen Problemen der Auswärtigen und der Internationalen Politik.

Jürgen Domes, Dr. phil., geb. 1932 in Lübeck; seit 1975 Prof. für Politikwissenschaft und Leiter der Arbeitsstelle „Politik Chinas und Ostasiens“ an der Universität des Saarlandes. 1962/63 Gastprof. an der National Cheng-chih Universität in T'aipei/T'aiwan; 1968 Gastprof. an der Columbia Universität/South Carolina; 1967—1975 Prof. und Leiter der Arbeitsstelle „Politik Chinas und Ostasiens“ am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin; 1964—1975 insgesamt 13 Forschungsaufenthalte in Ostasien.

Veröffentlichungen u. a.: Politik und Herrschaft in Rotchina, Stuttgart 1965; Ver-tagte Revolution — Die Politik der Kuomintang in China, 1923—1937, Berlin 1969; Die Ära Mao Tse-tung. Innenpolitik in der Volksrepublik China, Stuttgart 1972; China nach der Kulturrevolution — Politik zwischen zwei Parteitagen, München 1975.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Politik der USA im südlichen Afrika

Einleitung

Hat Kissingers Afrikareise vom April/Mai die amerikanische Afrikapolitik geändert? Bildete sie ein substantielles Signal für die Staaten des südlichen Afrika, daß die Vereinigten Staaten ihre bisherige Politik des *benign neglect* aufgeben wollen, oder war sie nur ein einmaliger Fanfarenstoß, der den sowjetisch-kubanischen Sieg in Angola übertönen sollte? Immerhin war es seit 1970 die erste Afrikareise eines amerikanischen Außenministers; Schwarzafrika war in dieser Beziehung durch Washington nie verwöhnt worden. Man kann also wohl davon ausgehen, daß der amerikanische Außenminister mehr vorhatte als nur diplomatische Kosmetik, daß er das Interesse und die Präsenz der USA demonstrieren wollte. Ob sich dahinter eine wirkliche Änderung der amerikanischen Politik verbirgt oder ob vielmehr die bisherige Politik nur abgesichert werden sollte, läßt sich viel schwerer entscheiden.

Zweifellos reagierte Washington auf das Debakel in Angola, bei dem die Sowjetunion stark an Ansehen und Einfluß gewonnen hatte. Ob Moskau bei seinem Engagement den Amerikanern den Rang ablaufen oder nicht vielmehr den chinesischen Einfluß zurückdämmen wollte, war für Kissinger weniger wichtig. Für ihn war es eine Niederlage, die er auch nicht erfolgreich dem Kongreß in die Schuhe schieben konnte. Amerikanische Militärhilfe hätte den Konflikt höchstens verlängert, seinen Ausgang aber kaum verändert. Denn: Amerika kämpft in Südafrika auf der falschen Seite. Etwas genauer ausgedrückt: es kämpft nicht deutlich genug auf der richtigen Seite. Sein Stern in Angola sank, als die Republik Südafrika in Angola intervenierte. Nachdem der Fehler bemerkt worden war, gelang es Washington zwar, Pretoria zum Rückzug zu bewegen. Der Schaden war jedoch schon eingetreten, Washington sichtlich in eine Linie mit der Republik Süd-

afrika gerückt. Seitdem ging es in Angola weniger um die Frage, ob die Linken oder die weniger Linken gewinnen sollten, sondern um den Einfluß von weißem Rassismus und Kolonialismus. Das ist gegenwärtig und auf absehbare Zeit die Schicksalsfrage im südlichen Afrika, die Frage, auf die alle schwarzafrikanischen Staaten nur eine einzige Antwort geben. Zaire und Sambia wandten sich von der amerikanischen Position ab; Nigeria lud sogar den amerikanischen Außenminister, der auch Lagos besuchen wollte, wieder aus.

Die eigentliche Bedeutung der Ereignisse in Angola liegt daher für die Vereinigten Staa-

INHALT

Einleitung

- I. Die Politik der amerikanischen Regierung
 - 1. Kommunikation mit Pretoria
 - a) politisch
 - b) militärisch
 - c) wirtschaftlich
- II. Die Politik der amerikanischen Wirtschaft
 - 1. Die amerikanischen Investitionen
 - 2. Der Handel
- III. Wandel in der amerikanischen Südafrikapolitik?

ten weniger im Auftritt der Kubaner. Auch in Angola weiß man die Gefahr solcher Freundschaft richtig einzuschätzen: wer hereinkommt, muß auch wieder hinausgehen, wird man in Abwandlung eines aktuellen Sprichwortes sagen können. Die Gefahr liegt darin, daß Washington zunehmend vor eine Alternative gestellt wird, die es gern vermeiden würde, nämlich entweder für die weiße oder die schwarze Seite in Südafrika zu optieren. Hinter dem *benign neglect* verfolgten die USA bislang eine Politik des Sowohl-Als-auch. Sie verurteilten den Rassismus und die weiße Minderheitsherrschaft in Rhodesien und der Republik Südafrika. Sie brachen aber das UN-Embargo gegen Rhodesien, kooperierten intensiv mit der Republik, hatten jahrelang die portugiesische Politik in Angola unterstützt.

Der Aufsatz ist das Teilergebnis eines Forschungsprojekts über den Konflikt im südlichen Afrika. Das Projekt wurde von der Wissenschaftlichen Kommission des Katholischen Arbeitskreises Entwicklung und Frieden und von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung gefördert. Eine erweiterte und veränderte Form der Studie erscheint im Herbst 1976 im Verlag Grünewald und Kaiser, Mainz/München.

Sie hofften offensichtlich auf den Erfolg der Bestrebungen Pretorias, mit Hilfe wirtschaftlicher Zusammenarbeit den politischen Konflikt zu mildern, die Alternative abzuschwächen.

All dies ist jetzt weitgehend zerronnen. Die USA stehen damit erneut vor der Frage, wie sie ihre Afrikapolitik einrichten sollen. Letztlich zielt das auf ihr Verhältnis zur Republik Südafrika. Sie hielt den Schlüssel zum Schicksal Angolas in der Hand; sie hält ihn auch für die Position der USA im gesamten südlichen Afrika. Zwar sind ihr Rhodesien und Namibia vorgelagert. Auf sie richtet sich vornehmlich der Druck der schwarzafrikanischen Staaten, weil sie den verhaßten weißen Kolonialismus repräsentieren. Sie sind aber, was Größenordnung und Problematik angeht, mit der Republik nicht zu vergleichen. Diese ist zwar, was auch die Schwarzafrikaner wissen, kein Kolonialstaat, wohl aber ein weißer Minderheitsstaat mit scharf ausgeprägter rassistischer Komponente, der das eigentliche Zentrum des sich verschärfenden Rassenkonfliktes bildet.

Amerikanische Südafrikapolitik ist daher in erster Linie abhängig von den Beziehungen zur Republik Südafrika. An ihnen läßt sich ablesen — und zwar viel deutlicher als an allen Erklärungen, Reisen und Gesten —, welchen Kurs die USA in Afrika verfolgen. Was Kissinger mit seiner Afrikareise wirklich im Sinne hatte — an der Politik gegenüber der Republik wird es sich erweisen. Wenn er wirklich eine Änderung bewirken wollte, so wäre es die zweite und geradezu eine Wende.

Denn mit Kissingers Namen verbindet sich schon ein Wandel der amerikanischen Afrikapolitik. Unter Präsident Eisenhower hatte es nur Pflichtübungen rhetorischer Natur gegeben, die sich gegen die zunehmende Kritik in den Vereinten Nationen richteten¹⁾. J. F. Kennedy, der nach dem ‚Jahr Afrikas‘ und dem Jahr von Sharpeville an die Regierung kam, hatte versucht, sich den Schwarzafrikanern zu nähern und Druck auf die Republik Südafrika auszuüben, damit sie ihre Rassenpolitik ändere. Er besetzte die Afrikaabteilung des State Department mit G. Mennen

¹⁾ Vgl. dazu allgemein: D. Greenberg, *United States Policy towards the Republic of South Africa, 1945—1964*, Ph. D. Thesis Harvard 1965, S. 1 ff.

Williams und Wayne Fredericks, zwei engagierten und hervorragenden Politikern. Williams reiste mehrfach nach Afrika, aber eben nicht in die Republik, der er die Anschauungen der neuen Regierung auf andere Weise, aber „direkt“ und „offiziell“ übermitteln ließ²⁾. Die Regierung Kennedy sah sehr genau, daß nicht der Kommunismus in Afrika die Gefahr war, sondern daß Armut und Krankheit, vor allem die Versagung von Selbstregierung und Selbstbestimmung den Kommunismus erst schufen und förderten³⁾.

Unter der Administration Kennedys kam auch der spektakuläre Beschluß der Vereinigten Staaten zustande, vom 1. Januar 1963 an ein eigenes unilaterales Waffenembargo gegen die Republik zu verhängen. Zwar war dieser Schritt nicht ganz uneigennützig; er wurde aber vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ausdrücklich begrüßt und allen anderen Staaten zur Nachahmung empfohlen. In jedem Fall war der Schritt ein deutliches Zeichen dafür, daß es der Regierung Kennedy ernst war mit dem Versuch, zwar langsam aber entschlossen auf die Republik Südafrika einzuwirken.

Es bleibt Spekulation, ist aber nicht auszuschließen, daß es Kennedy gelungen wäre, die amerikanische Südafrikapolitik aus der Alternative, zwischen Schwarz und Weiß wählen zu müssen, herauszubringen.

Diese Politik verfiel langsam unter der Regierung Johnson. Die Interessen gewannen wieder den Vortritt vor den Idealen⁴⁾. Die Administration Nixons formulierte es sogar offen: Der Wandel in der Republik sei vornehmlich eine Sache der Republik selbst⁵⁾. Hinter der veränderten Sprache verbarg sich, wie wir heute wissen, eine in der Tat veränderte Politik.

²⁾ Mennen Williams, *The Three 'A's of Africa: Algeria, Angola, and Apartheid*, in: *Department of State Bulletin* (künftig zitiert: DoSB) 27. 11. 1961, S. 888.

³⁾ Mennen Williams, *Communism's Impact on African Nationalism*, in: DoSB 3. 6. 1963, S. 881.

⁴⁾ Statement Williams am 1. 3. 1966, in: *U. S. Congress 89/2, Committee on Foreign Affairs, House, Hearings: United States — South African Relations, Washington 1966, part 1.*

⁵⁾ Vgl. etwa David D. Newson, *The Shaping of African Institutions and National Life*, in: DoSB 22. 6. 1970, S. 781.

I. Die Politik der amerikanischen Regierung

Im Oktober 1974 wurde der amerikanischen Öffentlichkeit das National Security Study Memorandum 39 (NSSM 39) zugespielt, das vom 15. August 1969 datierte und die Grundlage für eine präsidentielle Entscheidung Anfang 1970 abgab. Die Studie, die aus dem Stab des damaligen Sicherheitsberaters des Präsidenten, Henry Kissinger, stammte, definierte das Dilemma der amerikanischen Südafrikapolitik noch einmal sehr genau: Sie stellte der Verabscheuung des rassistischen Systems in Pretoria die beträchtlichen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen der Vereinigten Staaten gegenüber. Neben dem hohen Profit, den die amerikanischen Investitionen dort abwerfen, neben der Uran- und der Goldproduktion wurde die geographische Lage Südafrikas hervorgehoben. Sie war nach der Schließung des Suez-Kanals und nach der verstärkten Aktivität der sowjetischen Flotte im Indischen Ozean den Vereinigten Staaten besonders wichtig erschienen. Mit Verständnis wurde registriert, daß Südafrika genau diese sowjetische Aktivität hervorheben und dazu ausnutzen wollte, die „Grundlage für eine gewisse Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten“ zu legen, denn „es ist sehr daran interessiert, in die westliche Verteidigung mit eingeschlossen zu werden“⁶⁾.

Der Bericht entwickelt dann fünf Optionen für die amerikanische Südafrikapolitik, die von der engeren Zusammenarbeit mit den Weißen bis hin zur totalen Dissoziation von den schwarzen und den weißen Staaten führte. Interessant sind die zweite und die dritte Option. Die dritte sah eine begrenzte Assoziation mit den weißen Staaten und fortgesetzte Assoziation mit den schwarzen Staaten vor, also eine Kombination einer Politik, die den Interessen in den weißen Staaten Rechnung trug, andererseits aber in der Rassenfrage einen eindeutigen, die Schwarzen zufriedenstellenden Standpunkt bezog. In gewisser Weise spiegelte diese Option wider, was in der Administration Kennedys, wenn auch vergeblich, versucht worden war.

Die Administration Nixons wählte bezeichnenderweise die zweite Option. Sie sollte eine breite Assoziierung sowohl mit den schwarzen als auch mit den weißen Staaten vorsehen, Mäßigung in den weißen Staaten ermutigen und eine Kooperation der schwarzen Staaten bewirken. Im Grunde lief es darauf hinaus, die schwarzen Staaten durch verbale Beteuerung der Ablehnung der Apartheid zu

beschwichtigen und faktisch die Kooperation mit den weißen Minderheitsregimes zu verstärken. Wörtlich heißt es in der Option 2:

„Die Weißen haben die Absicht hierzubleiben, und die einzige Möglichkeit für einen konstruktiven Wandel wird durch die Weißen selbst kommen. Es besteht keine Hoffnung für die Schwarzen, die politischen Rechte, die sie suchen, durch Gewalt zu erreichen. Diese wird vielmehr nur zu Chaos und zu vermehrten Möglichkeiten für die Kommunisten führen. Durch selektive Abschwächung unserer Haltung gegenüber den weißen Regimes können wir eine gewisse Veränderung ihrer gegenwärtigen Rassen- und Kolonialpolitik ermutigen; durch eine substantiellere Wirtschaftshilfe für die schwarzen Staaten (insgesamt ungefähr 5 Millionen Dollar jährlich in technischer Hilfe für die schwarzen Staaten) können wir dazu beitragen, die beiden Gruppen zusammenzubringen und einen gewissen Einfluß auf beide in Richtung des friedlichen Wandels auszuüben. Unsere materiellen Interessen bilden eine Grundlage für unsere Kontakte in dieser Region, und sie können zu akzeptierbaren politischen Kosten beibehalten werden.

Allgemeine Haltung.

Wir würden unsere öffentliche Opposition gegenüber der rassistischen Unterdrückung beibehalten, aber die politische Isolierung und die wirtschaftlichen Beschränkungen gegenüber den weißen Staaten einschränken. Wir würden beginnen mit sehr gemäßigten Andeutungen dieser Abschwächung, würden die Breite unserer Beziehungen und Kontakte langsam und in gewisser Weise als Antwort auf substantielle, wenngleich kleine und abgestufte Veränderungen der weißen Politik erweitern. Ohne öffentlich eine Haltung einzunehmen, die Großbritannien und die Vereinigten Nationen hinsichtlich Rhodesiens desavouieren würden, würden wir in unserer Haltung gegenüber dem Smith-Regime flexibler werden. Wir würden die gegenwärtige Politik Portugals so interpretieren als deute sie weitere Veränderungen in den portugiesischen Territorien an. Zur gleichen Zeit würden wir diplomatische Schritte unternehmen, um die schwarzen Staaten der Region davon zu überzeugen, daß ihre gegenwärtigen Bestrebungen nach Befreiung und Mehrheitsherrschaft (majority rule) im Süden durch Gewalt nicht erreicht werden können und daß ihre eigentliche Hoffnung für eine friedliche und prosperierende Zukunft in engeren Beziehungen mit

⁶⁾ International Herald Tribune, 14. 10. 1974.

den von Weißen beherrschten Staaten liegen. Wir würden unsere Auffassung betonen, daß engere Beziehungen dazu beitragen werden, auch in den weißen Staaten Wandel hervorzubringen. Wir würden vermehrte und flexible Wirtschaftshilfe den schwarzen Staaten der Gegend geben, um ihre Aufmerksamkeit auf ihre innere Entwicklung zu lenken und sie dazu zu bewegen, bei der Verminderung von Spannungen zu kooperieren. Wir würden Südafrika ermutigen, Wirtschaftshilfe an die sich entwickelnden schwarzen Staaten zu geben.

Diese Option akzeptiert, zumindest über eine Periode von drei bis zu fünf Jahren, die Aussicht auf unerwiderte amerikanische Initiativen gegenüber den Weißen und eine gewisse Opposition von den Schwarzen, um eine Atmosphäre zu entwickeln, die dem Wandel in den Haltungen der Weißen durch Überredung und Erosion förderlich ist. Um diesen Wandel zu ermutigen, würden wir unsere Bereitschaft erklären, politische Vereinbarungen unterhalb des garantierten Fortschrittes zur Mehrheitsherrschaft zu akzeptieren, vorausgesetzt, daß sie eine erweiterte politische Partizipation in der einen oder anderen Form durch die gesamte Bevölkerung sicherstellen.

Die einzelnen Elemente dieser Option würden als ganze bestehen und die Akzeptierung der Option würde nicht bedeuten, daß individuelle Elemente dieses Zusammenhangs als einzelne akzeptiert werden.“⁷⁾

Interessant an der Entscheidung der Nixon-Regierung für diese Option 2 ist weniger das Ausmaß der Fehlanalysen, das sie damit einkaufte. Wichtiger ist vielmehr ihre Bereitschaft, ein Konzept zu verwirklichen, das auswärtige Beziehungen in traditioneller Manier als machtpolitische Beziehungen definierte. Dies lag zwar, wie erwähnt, in der generellen Fluchtlinie der Nixon-Doktrin; es überrascht aber doch, wie im südlichen Afrika, sozusagen vor Ort, soziale und herrschaftliche Konfliktformationen in ihrer Bedeutung permanent unterbewertet wurden. Schätzte man die Macht der Vereinigten Staaten so hoch ein, daß sie einen geschichtlichen Prozeß zu ihren Gunsten neutralisieren konnte?

Viel wahrscheinlicher ist es, daß die Berechnungen, die dem neuen Konzept zugrunde lagen, einfacher und simpler gewesen sind. Das südliche Afrika befand sich beim Regierungsantritt Nixons in einem Zustand wachsender

Labilität, der durch die portugiesischen Besitzungen und Rhodesien verursacht worden war. Traditionellem diplomatisch-militärischem Denken mochte es geradezu als widersinnig erscheinen, den vorhandenen, stabilen, kräftigen, freundlich gesinnten Machtfaktor Südafrika zu schwächen, nur um damit vielleicht Machtfaktoren sehr viel kleineren Kalibers zu besänftigen, die zur Zusammenarbeit zu gewinnen ohnehin eine keineswegs sichere Aussicht darstellte. Da zwei Jahre zuvor auch noch der Suez-Kanal geschlossen und die Kap-Route sozusagen eben erst aufgenommen worden war, meldeten sich auch die militärischen Interessen zur Wort. Konnte man die strategisch beherrschende Position der Republik vernachlässigen im Tausch gegen politische Einheiten, die weder deren strategische Lage noch die militärische Kapazität besaßen? Nimmt man die allzeit bereite Rechtfertigung konservativen Verhaltens hinzu, daß man zwar weiß, was man hat, aber nicht weiß, was man bekommt, so hat man sicherlich die Grundlage zusammen, auf der das neue Konzept einer Politik der Kommunikation entstand.

1. Kommunikation mit Pretoria

a) politisch

Einige der Maßnahmen, mit denen Washington unter dem NSSM 39 die politische Kommunikation mit Pretoria verstärken wollte, waren in dem Dokument schon selbst enthalten. Das Waffenembargo sollte zwar fortgeführt, aber liberalisiert werden. Amerikanische Schiffe sollten wieder in südafrikanischen Häfen anlegen, amerikanische Flugzeuge die Flughäfen benutzen dürfen. Die Radarstationen sollten beibehalten, die Einschränkungen der Export-Import-Bank gegenüber Südafrika aufgehoben werden. Darüber hinaus waren der amerikanische Export zu intensivieren und amerikanische Investitionen zu erleichtern, soweit sie mit dem Foreign Direct Investment Program übereinstimmten. Auf dem kulturellen Sektor sollte das Austauschprogramm mit Südafrika in allen Sektoren, den militärischen eingeschlossen, intensiviert werden. Selbst für die Politik gegenüber Südwest-Afrika gab es eine Empfehlung: Die Rechtsposition der Vereinigten Staaten sollte sich hier zwar nicht ändern, sie sollte aber auf ein ruhigeres Niveau abgesenkt werden und es ermöglichen, daß die Vereinigten Staaten eine Annäherung zwischen Südafrika und den Vereinten Nationen beförderten⁸⁾.

⁷⁾ Die Option ist abgedruckt bei Bruce Oudes, *Southern Africa Watershed*, in: *Africa Report*, Vol. 19, 6, 1974, S. 50.

⁸⁾ Ebenda.

Die Praxis der Nixonschen Südafrikapolitik liest sich wie eine Ausführung dieses Programms. Nixon versuchte, die Republik Südafrika und ihre Rassenpolitik zunächst einmal „sprachlich zu normalisieren“; er sprach von Bürgerkriegen in Afrika statt von Kolonialkriegen, wie Kennedy es getan hatte⁹⁾. Im Januar 1974 besuchte der südafrikanische Innen- und Informationsminister Mulder die Vereinigten Staaten, wurde von Vizepräsident Ford, führenden Abgeordneten und im Pentagon empfangen. Im Mai 1974 kam der südafrikanische Admiral Biermann, Chef der südafrikanischen Verteidigungskräfte, nach Washington. Außenminister Kissinger übergab ausdrücklich die Empfehlung der Afrika-Abteilung, dem Admiral aufgrund der militärischen Embargopolitik kein Visum zu geben¹⁰⁾. Das militärische Embargo gegenüber Südafrika wurde überprüft, beibehalten, aber so interpretiert, daß kleine Flugzeuge für den zivilen Bedarf des Militärs (der aber natürlich auch in einen militärischen verwandelt werden konnte) nach Südafrika geliefert werden konnten. Die Stellungnahmen in den Vereinten Nationen wurden verringert und dem Inhalt nach gemäßigt; die Enthaltungen und Nein-Stimmen häuften sich¹¹⁾.

Präsident Nixon hatte im Oktober 1970 einen Beirat für afrikanische Angelegenheiten ernannt, dessen Zusammensetzung zwar die wichtigsten Gruppen repräsentierte, die Wirtschaft jedoch eindeutig bevorzugte und im übrigen keinen wirklichen prominenten Kritiker der amerikanischen Afrikapolitik mit einschloß¹²⁾. Seine Aufgabe war offensichtlich weniger, eine neue und aktive Afrikapolitik anzuregen, als vielmehr die laufende Politik abzusichern. Der Umschwung von der Kritik zur Kommunikation sollte sich leise vollziehen, und so vollzog er sich auch. Im Wahlkampf 1972 spielte Südafrika so gut wie keine Rolle.

Die amerikanische Regierung verteidigte ihre Politik des „selective involvement“, ihrer

⁹⁾ Vgl. U. S. Congress, 93/1, Committee on Foreign Affairs, House: Implementation of the U. S. Arms Embargo, Hearings, Washington 1973, Statement Oudes, S. 7.

¹⁰⁾ Tad Szulc, Why are we in Johannesburg?, in: Esquire Magazine, Oktober 1974, hier zitiert nach dem Abdruck in U. S. Congress 94/1, Committee on Foreign Relations, Senate: Nomination of Nathaniel Davis to be Assistant Secretary of State for African Affairs, Washington 1975, S. 34—40.

¹¹⁾ Allard R. Johnson et al., United States Foreign Policy towards Africa, in: Africa Today, 1973, 1, S. 22. Die Autoren sind identisch mit der Task Force on Africa im Rahmen der Wahlkampagne des Senators McGovern 1972.

¹²⁾ Vgl. die Mitgliederliste in: Africa Today, 1971, 4, S. 17.

wiederbelebten Kommunikation mit der Republik, immer wieder mit dem Hinweis auf den Nutzen für die amerikanischen Interessen und für die Beteiligten in Südafrika selbst. Sie gab sich große Mühe, die von Washington eingeschlagene Politik der Kommunikation gerade als Wunsch der Schwarzen wie der Weißen in Südafrika darzustellen¹³⁾. „Kommunikation mit allen Teilen der Bevölkerung“ sei das einzige Mittel, um den Wandel der südafrikanischen Situation zu erreichen¹⁴⁾. Unter den gegebenen Umständen konnte diese Politik der Kommunikation nichts anderes bedeuten, als daß das Gespräch mit den Weißen fortgesetzt wurde, gegebenenfalls stärker als bisher.

Ein interessantes Schlaglicht auf den politischen Inhalt der „Kommunikation“ fiel im Herbst 1974, als der von Kissinger neu ernannte Leiter der Afrika-Abteilung, Easum, nachdem er nur ein Dreivierteljahr amtiert hatte, praktisch am Tage seiner Rückkehr von einer längeren Afrikareise zum amerikanischen Botschafter in Nigeria ernannt und damit von seinem bisherigen Posten abgelöst wurde. Als Nachfolger wählte Kissinger Nataniel Davis, Generaldirektor des Diplomatischen Dienstes im amerikanischen Außenministerium. Der Wechsel erregte in Afrika wie in den Vereinigten Staaten höchstes Aufsehen. Easum hatte sich in seiner kurzen Zeit den Ruf erworben, das Vertrauen sowohl des schwarzen wie des weißen Afrika zu besitzen¹⁵⁾. In den Augen Kissingers war dies nicht unbedingt ein Vorteil. Es gab Mißverständnisse, als Easum zu einer Zeit, in der sich die Vereinigten Staaten im Sicherheitsrat mit dem Ausschließungsantrag gegen Südafrika konfrontiert sahen, auf einer Reise durch das südliche Afrika sehr dezidierte Antiapartheid-Stellungnahmen abgab. Kissinger hielt das offensichtlich für eine Stärkung der afrikanischen Position, die ihm gerade so viel zu schaffen machte.

Lassen sich die Gründe, aus denen Kissinger Easum abgelöst hat, nicht genau erfassen, so wird die Ernennung Davis' um so klarer, je politisch unverständlicher sie ist. Davis war zwar, als er zum Nachfolger von Easum ernannt wurde, Generaldirektor des Auswärtigen Dienstes. Diesen Posten hatte er aber erst im Herbst 1973 angetreten, als er aus Chile,

¹³⁾ David D. Newsom, United States Options in Southern Africa, in: DoSB 18. 1. 1971, S. 83 f.

¹⁴⁾ Ders., U. S. African Interests: A Frank Appraisal, Ansprache in London am 14. 3. 1973, abgedruckt in: Implementation of the U. S. Arms Embargo, Hearings (Anm. 9), S. 259 ff., S. 263.

¹⁵⁾ Bruce Oudes, The Sacking of the Secretary, in: Africa Report, 20. 1. 1975, S. 17.

wo er amerikanischer Botschafter gewesen war, abgerufen wurde. Er war dort seit 1971 tätig gewesen, also genau in der Zeit, in der das Regime Allende in seinen Untergang gesteuert wurde. Abgesehen davon, daß Davis keine Afrikaerfahrung hatte, mußte dessen Präsenz beim Sturz Allendes, der sicherlich auch der amerikanischen Mithilfe zu verdanken war, bei den afrikanischen Staaten höchstes Befremden auslösen¹⁶⁾. Sollte die amerikanische Chile-Politik auf Afrika übertragen werden?

Die Ernennung von Davis war aber nicht der einzige Mißgriff Kissingers. Im Sommer 1974 war Deane Hinton als Botschafter in Zaire ernannt worden. Hinton hatte von 1967 bis 1969, teilweise unter Botschafter Davis, als Chef der amerikanischen Hilfsmission in Guatemala gearbeitet, später in der gleichen Position in Chile. Im Frühjahr 1975 wurde bekannt, daß die USA William G. Bowdler als neuen Botschafter nach Pretoria entsenden wollten. Bowdler war von 1956 bis 1961 in Kuba tätig gewesen, war dann als Spezialist für Lateinamerika beim National Security Council tätig und wurde 1971, als Nachfolger von Davis, Botschafter in Guatemala. Erster Botschaftsrat an der Botschaft in Pretoria war bereits Jeffrey Davidow, der sich ebenfalls zur Zeit, als Davis Botschafter in Lateinamerika war, an den amerikanischen Missionen in Guatemala und Chile aufgehalten hatte¹⁷⁾.

War schon die Ernennung von Botschafter Hurd auf die Kritik der Liberalen gestoßen, weil er wieder zur Politik rassistisch getrennter Empfänger in der Botschaft zurückgekehrt war und sich im übrigen eindeutig auf die weiße Seite gestellt hatte¹⁸⁾, so mußte diese Häufung lateinamerikanischer Veteranen mit einem ausgesprochenen antikommunistischen Erfahrungshintergrund natürlich alarmierend wirken. Zufällig oder nicht zufällig — alle Neuernannten hatten erhebliche Erfahrungen in der Counterinsurgency-Politik der USA in Lateinamerika. Wollten die USA jetzt diesen Kampfstil nach Afrika übertragen? War das ihre Antwort auf die gesellschaftlichen und politischen Umschichtungen, die sich dort vollzogen? Auch diejenigen, die in ihrer Kritik nicht so weit gingen, konnten zumindest nicht umhin, Kissinger eine ausge-

sprochene Rechtslastigkeit in der personellen Ausgestaltung seiner Kommunikationspolitik in Pretoria zu bescheinigen¹⁹⁾.

Die Watergate-Affäre, Nixons Rücktritt und die Folgen dieser Ereignisse für die Gesamtanlage der amerikanischen Außenpolitik brachten einen gewissen Wandel gegenüber früheren Orientierungen. Davis trat als Leiter der Afrikaabteilung zurück²⁰⁾ und ging als Botschafter nach Bern. Im April 1975 besuchte Sambias Staatspräsident Kaunda Washington und Nixons Nachfolger Ford. Die Staatsvisite war noch unter Easum verabredet worden, wäre aber, solange Nixon im Amt war, kaum zustande gekommen. Die amerikanische Afrikapolitik profitierte davon, daß Ford im In- und Ausland ein großer Vertrauensvorschuß entgegengebracht wurde. Wenige Tage vor dem Besuch Kaundas hatte der neue Präsident in einer Botschaft an den Kongreß wieder die Freundschaft der Vereinigten Staaten zu Afrika betont und die USA als einen treuen und engagierten Freund bezeichnet. Er bat Kaunda, „seinen Landsleuten und allen Afrikanern unser erneutes Versprechen der Freundschaft mitzunehmen“²¹⁾. Kaunda zeichnete jedoch ein ganz anderes Bild des amerikanischen Verhaltens. In einem ungewöhnlich offenen Trinkspruch sprach er von der Enttäuschung Afrikas²²⁾ darüber, daß den amerikanischen Worten keine Taten folgten. Afrika spürte ganz genau, daß Washington in seiner Politik der Republik gegenüber sehr viel weicher geworden war, den Widerstand gegen die Apartheid aufgegeben hatte und sich mit ihr einzurichten begann. Aus der Kommunikation mit Pretoria folgte notwendig das Schweigen gegenüber Schwarzafrika.

b) militärisch

Die unter Nixon und Kissinger ausgelöste Verschiebung der amerikanischen Politik betraf freilich nicht nur den Raum verbaler Erklärungen und personeller Besetzungen. Sie setzte vielmehr eine Reihe von Veränderungen auf den substantiellen Sektoren der Militär- und Wirtschaftspolitik in Gang, rechtfertig-

¹⁹⁾ So Oudes (Anm. 15), S. 19.

²⁰⁾ Davis trat am 1. 9. 1975 zurück, Facts on File, Vol. 35, No. 1817, S. 645. Der Anlaß des Rücktritts war offensichtlich eine Meinungsverschiedenheit mit Kissinger über die militärische Unterstützung nicht-kommunistischer Truppen in Angola (International Herald Tribune 16. 12. 1975). Der tieferliegende Grund dürfte aber nach wie vor in der Opposition schwarzafrikanischer Staaten gegen die Person Davis' zu suchen sein.

²¹⁾ Trinkspruch Fords, abgedruckt in: Africa Report, 20. 3. 1975, S. 43.

²²⁾ „... America has not fulfilled our expectations ...“; Trinkspruch Kaundas, ebenda, S. 44.

¹⁶⁾ Vgl. etwa die Kritik Präsident Mobutus, Zaire, auf der Konferenz afrikanischer und amerikanischer Abgeordneter, Januar 1975. Auszüge seiner Rede in Hearings Davis (Anm. 10), S. 53 f.

¹⁷⁾ Die Einzelheiten nach dem Statement Lockwood, ebenda, S. 41. Lockwood war Direktor des Washington Office of Africa.

¹⁸⁾ Vgl. das Statement Carsons in: Issue III, 4, 1974, S. 33 ff.

tigte sie und ordnete sie in den Gesamtzusammenhang der neuen amerikanischen Zielsetzung im südlichen Afrika ein. Die eigentlichen Folgen der intensivierten und in ihrer Richtung veränderten Kommunikation müssen daher auf den Gebieten der Verteidigung und der Wirtschaft gesucht werden.

Hinsichtlich der militärischen Zusammenarbeit konnten die Vereinigten Staaten ständig auf das von ihnen autonom und initiativ verhängte Waffenembargo von 1963 hinweisen, mit dem sie die Sicherheitsrats-Resolutionen vom 7. August ermöglicht hatten, ihnen gleichzeitig aber auch zugekommen waren. Das Embargo vervollständigte die eingeschränkte Lieferungssperre von 1962. Damals, am 19. Oktober, hatten die Vereinigten Staaten das Special Political Committee der Vereinten Nationen darüber informiert, daß sie ein Waffenembargo gegenüber der Republik Südafrika verhängt hätten. Es bezog sich auf Waffen, die innenpolitisch im Rahmen der Apartheid-Politik eingesetzt werden könnten²³). 1963 erweiterten sie die Sperre auf ein totales Embargo — freilich mit zwei Einschränkungen: Abgesehen davon, daß es erst mit dem 1. Januar 1964 beginnen sollte, waren Lieferungen ausgenommen, die aus bereits abgeschlossenen Verträgen stammten. Darüber hinaus behielten sich die Vereinigten Staaten das Recht vor, diese Politik „im Lichte der Erfordernisse zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu interpretieren“²⁴). Kam diese zweite Einschränkung bis 1975 nicht zum Zuge, so höhlte die erste das Waffenembargo in gewisser Weise aus. Nixons Kommunikationspolitik trug dann dazu bei, daß diese Erosion weiter vorangetrieben wurde.

Im Rahmen der Lieferungen, die vor der Verhängung des Embargos verabredet worden waren, verkauften die USA Munition und Ersatzteile bis 1973 im Werte von 23 268,574 Millionen Dollar an die Republik²⁵). Allerdings blieb es bei diesen Lieferungen, und die Vereinigten Staaten konnten stets und mit Recht darauf hinweisen, daß sie die Embargopolitik weitgehend konsequent durchhielten. Erst Nixon versuchte, um die Kommunikation zu intensivieren, eine geringe Anzahl von kleinen und unbewaffneten Zivilflugzeugen an das südafrikanische Militär zu verkaufen²⁶). Er durchbrach damit das Prinzip, das

südafrikanische Militär nicht über den bis 1963 verabredeten Umfang hinaus zu beliefern. Zwar kam das Geschäft dann nicht zustande, weil das südafrikanische Militär die Maschinen nicht ankaupte. Das amerikanische Angebot war aber auf dem Tisch und seine kommunikative Bedeutung wurde noch dadurch verstärkt, daß die Vereinigten Staaten der UNO-Resolution, die das Embargo auch auf die Ersatzteillieferungen erweitern wollte, 1970 nicht zustimmten²⁷). Nixon war bereit, im Rahmen der veränderten Kommunikationspolitik das Embargo seiner Vorgänger abzuschwächen.

Freilich darf das Embargo selbst nicht überschätzt werden. Es bezog sich zwar auf Waffen in striktem Sinne, nicht jedoch auf vielfältig verwendbare Geräte. Lastwagen und Flugzeuge, die an zivile Stellen ausgeliefert werden, sind selbstverständlich kein Kriegsgüter; sie können aber im Bedarfsfall rasch anders eingesetzt werden. Für Gegenstände, die noch stärker in der grauen Zone zwischen friedlicher und militärischer Verwendung eingesetzt werden konnten, hatten die Vereinigten Staaten einen Ausschuß gebildet, der über die Lieferung zu entscheiden hatte. Er ergänzte die Abteilung für Exportkontrolle im Handelsministerium, das Außenministerium, das im speziellen Sinne für Südafrika zuständig war, und das Verteidigungsministerium, das sich unter dem Foreign Military Sales Act von 1968 und unter dem Foreign Assistance Act von 1961 um militärische Hilfslieferungen zu kümmern hatte. Aus dieser reichlich unübersichtlichen Verwaltungsmaschinerie mit ihren zahlreichen Kompetenzschwierigkeiten kam schließlich heraus, daß die Vereinigten Staaten in der Zeit von 1967 bis 1972 an die Republik Flugzeuge im Werte von 273 Millionen Dollar und Radioausrüstungen für Flugzeuge im Werte von 22 Millionen Dollar verkauft haben²⁸). Nur sieben von insgesamt 33 Anträgen auf Ausnahmegenehmigung für Lieferungen in den „grauen Bereichen“ wurden abgelehnt.

Geht man näher ins Detail der etwa für einen Anti-Guerilla-Kampf verwendbaren Mittel, so ergibt sich, daß die Vereinigten Staaten in den vier Jahren von 1969 bis 1972 der Republik Herbizide im Werte von 9,6 Millionen Dollar verkauft haben²⁹).

Insbesondere Picloram und Cacodylic, die für Entlaubungsaktionen in Angola und Mozam-

²³) Vgl. das Statement Stevensons, hier zitiert nach dem Abdruck in: Implementation of the U. S. Arms Embargo, Hearings (Anm. 9), S. 278.

²⁴) Ebenda, Statement Newsom, S. 144.

²⁵) Ebenda.

²⁶) Ebenda, S. 44.

²⁷) Statement Buffum, in: DoSB 17. 8. 1970, S. 204. Es handelte sich um die S/Res. 282 und die revidierte Fassung S/9882/Rev. 2 vom 23. 7. 1970.

²⁸) Hearings (Anm. 9), S. 46, 47.

²⁹) Ebenda, S. 61.

bique eingesetzt worden waren, wurden im Rahmen der amerikanischen Exportgesetzgebung bis zum 17. Mai 1973 frei an alle nicht-kommunistischen Staaten verkauft. Sie konnten daher auch in die Republik geliefert werden. Erst ab Mai 1973 wurden sie unter Lizenzzwang gestellt.

Von einer Embargopolitik kann also nur in einem begrenzten Sinne gesprochen werden. Wie einer Berechnung der amerikanischen Arms Control and Disarmament Agency zu entnehmen ist, haben die Vereinigten Staaten in den Jahren 1961—1971, größtenteils also zur Zeit des Embargos, Waffen im Werte von 40 Millionen Dollar an die Republik Südafrika geliefert. Dies ist zwar erheblich weniger als die Lieferrechnungen, die Großbritannien (97 Millionen Dollar) und vor allem Frankreich (145 Millionen Dollar) aufzuweisen haben. Im Vergleich mit diesen westlichen Staaten (Bundesrepublik 1 Million Dollar) nehmen die Vereinigten Staaten in der Tat einen guten Platz ein. Er muß um so besser bewertet werden, als die Zahlungsbilanzprobleme der Vereinigten Staaten beträchtlich und die Interessen der von der Konkurrenz bedrängten amerikanischen Industrie, insbesondere der Raumfahrtindustrie, an der Erweiterung der Rüstungsverkäufe sehr groß waren.

Nichtsdestoweniger kann von einem strikten Embargo nicht die Rede sein. Es war zunächst relativ weich definiert, dann im Rahmen der Kommunikationspolitik Nixons weiter aufgeweicht worden. Wenn auch die Feststellung des Unterausschußvorsitzenden Diggs, daß „drastische Veränderungen stattgefunden hätten“³⁰⁾, übertrieben ist, so ist doch die neue Akzentuierung der Embargopolitik seit 1969 unverkennbar. Sie setzte nicht nur die ohnehin schon relativ großzügig gehandhabte Politik seit 1964 fort, sondern versuchte auch, genau wie es in dem Memorandum von 1969 gefordert worden war, die militärische Kooperation mit der Republik zu intensivieren.

Sie bezog sich sogar auf die Lieferung von angereicherten, d. h. für Waffenzwecke verwendbarem Uran. Aufgrund eines Vertrages mit einer Firma, die sich U. S. Nuclear Corporation of Oakridge, Tennessee, nennt, haben die Vereinigten Staaten 228 Pfund hoch angereicherten Urans an die Republik geliefert³¹⁾. Da die Republik anerkanntermaßen über die Fähigkeit verfügt, Atomwaffen herzustellen, erweckt diese Lieferung erhebliche Zweifel

³⁰⁾ Ebenda, S. 71.

³¹⁾ Statement Myron Kratzer, Deputy Assistant Secretary of State for Scientific Affairs, vor dem Senate Foreign Relations Committee, zitiert International Herald Tribune 29./30. 5. 1976.

an der Einhaltung des Waffenembargos. Zwar will die Republik das Material zu Forschungszwecken verwenden; da sie aber den Nichtverbreitungsvertrag nicht unterschrieben, sich also einer Kontrolle zur Sicherstellung der friedlichen Verwendung nicht unterworfen hat, ist die Möglichkeit zum militärischen Gebrauch des Urans nicht auszuschließen. Berechnungen zufolge könnten mit den 97 Pfund, die bis Mitte des Jahres 1975 ausgeliefert waren, sieben Atombomben hergestellt werden.

Die Lieferung ist Teil des bilateralen Abkommens für die Zusammenarbeit in der friedlichen Nutzung von Atomenergie, das die Vereinigten Staaten 1957 mit der Republik abgeschlossen hatten, und das noch bis 1977 in Kraft bleibt³²⁾. Es ist kein Sonderabkommen, sondern steht im Zusammenhang mit 30 anderen Verträgen dieser Art, die die Vereinigten Staaten bisher vereinbart haben. Unter ihnen ist es den USA erlaubt, der südafrikanischen Regierung Kernmaterial zu verkaufen oder für die Forschung und für Kraftwerke zu überlassen. Ebenso können Ausrüstungsgegenstände für friedliche Atomenergieprojekte geliefert werden. Ihre Verwendung steht unter den Kautelen des dreiseitigen Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten, Südafrika und der Internationalen Atomenergie-Agentur in Wien³³⁾, dessen Bestimmungen jedoch nicht identisch sind mit den Auflagen unter dem Nichtverbreitungsvertrag. Selbstverständlich haben die Vereinigten Staaten kein Interesse daran, Südafrika zur Atommacht werden zu lassen; sie würden damit den großen Aufwand, den sie zur Bewahrung des Atomwaffenmonopols getrieben haben, zunichte werden lassen. Auf der anderen Seite können natürlich auch sie nicht übersehen, ob ein militärisch bedrängtes Südafrika in einem Notfall nicht doch militärischen Gebrauch von seinen nuklearen Möglichkeiten machen würde.

Die militärische Kommunikation erstreckte sich freilich nicht nur auf das Waffenembargo und seine Ausnahmen. Sie war überhaupt nicht nur negativ definiert. Zwar gab es noch einige andere Felder, die die Vereinigten Staaten in der militärischen Zusammenarbeit mit Südafrika leer ließen, z. B. den Beitrag zur militärischen Ausbildung oder zur Waffenfor-

³²⁾ U. S. Congress, 92/1, Committee on Foreign Affairs, House: U. S. Business Involvement in Southern Africa, Hearings, Washington 1971, pt. 2, Statement Flaherty, S. 40 ff. Flaherty war Assistant General Manager for International Activities in der U. S. Atomic Energy Commission.

³³⁾ Ebenda, S. 41.

schung³⁴⁾, aber es gab auch positiv besetzte Felder. Die Vereinigten Staaten unterhielten vier Militärattachés in der Republik, die ihrerseits sogar fünf in die Vereinigten Staaten entsandt hatte. Über diese Militärattachés lief eine relativ intensive Kommunikation zwischen den beiden Staaten³⁵⁾. Man tauschte Landkarten und geodätische Informationen, sicherlich auch militärische Nachrichten aus.

Sehr deutlich drückte sich die positive Zusammenarbeit in vier Luft- und Raumfahrtstationen aus, die die Vereinigten Staaten in der Republik unterhalten. Drei davon gehören der NASA, eine der Luftwaffe. Die drei Stationen der NASA waren im Rahmen des Geophysikalischen Jahres 1960 als gemeinsame amerikanisch-südafrikanische Einrichtungen verabredet und anschließend erbaut worden³⁶⁾. Die Luftwaffe unterhält ihrerseits eine solche Einrichtung, die sogenannte station no. 13, in der Nähe von Pretoria. Sie bildet die Endstation der Air Force Eastern Test Range und spielte eine bedeutende Rolle in dem Raumfahrt- und Raketenprogramm der sechziger Jahre³⁷⁾. Auch sie war 1960 eingerichtet worden. Zur Versorgung der Stationen ist es den Vereinigten Staaten erlaubt, pro Monat zwei Flugzeuge in die Republik zu schicken. Darüber hinaus können sie auch Instrumentenflugzeuge nach Südafrika entsenden, wenn dies zu Forschungszwecken erforderlich ist.

Obwohl die Bedeutung dieser Stationen infolge des Rückgangs des Raumfahrt- und Raketenprogramms der Vereinigten Staaten etwas reduziert worden war, blieben sie erhalten. Sie sind kaum ersetzbar. Einerseits liegt die Südspitze Afrikas an einem entscheidend wichtigen Punkt der Raketen- und Raumschiffkurse, andererseits lassen sich solche Radarstationen wegen der erforderlichen Genauigkeit der Messungen nicht auf einem Schiff montieren. Die geographische Lage der Republik ist auf dem Gebiet der militärischen Beziehungen einer ihrer größten Trümpfe. Die Beibehaltung der Stationen gehörte denn auch zu den Forderungen von NSSM 39. Während der militärische Wert dieser Anlagen bis 1970 stets den politischen Problemen

der Apartheid untergeordnet wurde, trat er nach der Neuorientierung unter Nixon uneingeschränkt in den Vordergrund.

Der strategische Wert Südafrikas war natürlich auch für die Marine außerordentlich groß. Die Häfen der Republik sind praktisch die einzigen zwischen den Vereinigten Staaten und Asien, in denen große Schiffe repariert und aufgetankt werden können. Gerade im Vietnam-Krieg erfuhr die Marine immer wieder, wie wichtig diese Stützpunkte sein konnten. Dennoch haben die Vereinigten Staaten nach 1967, als die Regierung der Republik nur einen rassistisch getrennten Landgang der Besatzung des Flugzeugträgers Franklin D. Roosevelt gestatten wollte, kein amerikanisches Kriegsschiff mehr in südafrikanische Häfen geschickt. Die Ausnahme bildeten fünf Notfälle, in denen es jedesmal um erkrankte Besatzungsmitglieder ging. Auch Südafrika war in diesen Verzicht mit einbezogen³⁸⁾.

Freilich ist die amerikanische Navy nicht nur aus versorgungstechnischen und samaritani-schen Gründen an der Republik Südafrika interessiert. Seit 1968 die ersten sowjetischen Kriegsschiffe kontinuierlich im Indischen Ozean aufzukreuzen begannen, wurde der amerikanischen Marineleitung der Mangel an strategischen Basen in dieser Region, und von daher erneut der Wert Südafrikas bewußt. Sie setzte beim Verteidigungsminister den Beschluß durch, Diego Garcia zum Stützpunkt auszubauen³⁹⁾.

Schließlich lieferte die Sicherung der Schifffahrtwege, insbesondere der der Öltanker nach der Schließung des Suez-Kanals, der amerikanischen Marine das dritte Stichwort. Südafrika tat alles, um das Interesse wachzuhalten und zu vergrößern. Es bot mehrfach seine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Ländern an, zeigte auch unverhohlen sein Interesse, mit der NATO zusammenzuarbeiten. Der südafrikanische Verteidigungsminister Bota erklärte öffentlich, daß der Stützpunkt Simonstown allen westlichen Staaten offenstehe⁴⁰⁾.

Südafrika ließ sogar Ende 1974 westliche Journalisten einen Blick in die Observations-

³⁴⁾ Ebenda, Statement Noyes, S. 339. Noyes war Leiter der Abteilung Nahost, Afrika und Asien im Verteidigungsministerium.

³⁵⁾ Ebenda, S. 94.

³⁶⁾ U. S. Congress, 89/1, Committee on Foreign Affairs, House: United States — South African Relations, Hearings, pt. 1, 1966, Statement Hilburn, S. 111 ff. Hilburn war Deputy Associate Administrator der NASA. Die Abkommen sind abgedruckt ibidem, S. 115 ff.

³⁷⁾ Hearings (Anm. 32), Statement Noyes, S. 94 f.

³⁸⁾ Hearings (Anm. 9), Statement Bowder, S. 106. Bowder war Country Desk Officer für die Region Europa im Verteidigungsministerium.

³⁹⁾ U. S. Congress, 93/2, Committee on Foreign Affairs, House: Proposed Expansion of U. S. Military Facilities in the Indian Ocean, Hearings, Washington 1974, Statement Zumwalt, S. 154. Admiral Zumwalt war der Marine-Generalstabschef.

⁴⁰⁾ Zitiert in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 6. 11. 1974.

Einrichtungen der Marinebasis in Simonstown werfen; sie ist, den Berichten zufolge, vorzüglich ausgerichtet — im übrigen durchweg mit westdeutschen Instrumenten ⁴¹⁾).

Diese südafrikanischen Bemühungen sind offensichtlich nicht umsonst gewesen. Zeitungsberichten zufolge soll das amerikanische Verteidigungsministerium inzwischen davon überzeugt sein, daß es, zumal nach dem Auszug Englands, einen Zugang zu der Marinebasis in Simonstown braucht. Die bisherige Opposition gegen eine solche militärische Zusammenarbeit sei ausmanövriert worden; das militärisch-strategische Interesse habe die Oberhand behalten über die politische Einsicht, daß die Verstärkung der militärischen Kommunikation mit Südafrika die schwarzafrikanischen Staaten weiter enttäuschen und verbittern werde ⁴²⁾. Wie weit sich das Verteidigungsministerium mit dieser Ansicht durchsetzen wird, muß offenbleiben. Ohne Zweifel wird es bestärkt durch die Errichtung der Sowjetbasis in dem Somali-Hafen Berbera ⁴³⁾ und die langsame Vertreibung Frankreichs aus dem Bogen zwischen Dschibuti, den Komoren und Madagaskar ⁴⁴⁾. Die NATO betrachtet seit längerem diese Veränderungen sehr aufmerksam, scheint weder ein Engagement südlich des Wendekreises des Krebses noch eine engere Zusammenarbeit mit der Republik Südafrika auszuschließen ⁴⁵⁾.

Man wird abzuwarten haben, wie weit sich das Militär mit seinen Argumenten, die in der Regel „sauber, präzise, einfach zu verstehen und untermauert (sind) von einer eindrucksvollen Sammlung von Tatsachen und Zahlen“ ⁴⁶⁾ durchsetzen kann. Die sowjetisch-kubanische Intervention in Angola wird ihm dabei sehr behilflich sein; die Hinweise auf die Bedrohung der Schifffahrtswege häufen sich beängstigend. Nichts wäre jedoch verfehlter

⁴¹⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung 6. 12. 1974.

⁴²⁾ Bericht des Washingtoner Korrespondenten der Johannesburg Sunday Times vom 20. 10. 1974, zitiert in: International Herald Tribune 22. 10. 1974.

⁴³⁾ Vgl. Rowland Evans and Robert Nowak, Moscow's Somali Connection, in: International Herald Tribune 9. 7. 1975.

⁴⁴⁾ C. L. Sulzberger, Indian Ocean Changes and the Oil Lifeline, in: International Herald Tribune 9./10. 6. 1973.

⁴⁵⁾ Sean Gervasi, Ellen Frey-Wouters und Larry Bowman, Die NATO auf dem Wege zur militärischen Zusammenarbeit mit den weißen Regimes im südlichen Afrika. Studie für den UN-Ausschuß für Dekolonisation. Hier benutzt in der deutschen Wiedergabe in: blätter des iz3w, nr. 38, 1974, S. 40 ff.

⁴⁶⁾ U. S. Congress, 92/1, Committee on Foreign Affairs, House: The Indian Ocean: Political and Strategic Future, Hearings, Washington 1971, Statement Chester Bowles, S. 54.

als eine militärische Interpretation des Konfliktes im südlichen Afrika oder die Hoffnung, diesem Konflikt durch militärische Maßnahmen beikommen zu können. Genau dies war aber in der militärischen Kommunikation Washingtons mit Pretoria angelegt. Es ist zwar richtig, daß die USA „ihre Verteidigungsstrategie nicht mit Südafrika koordiniert“ ⁴⁷⁾ haben. Genauso richtig ist jedoch, daß sie den militärischen Boykott der Republik durch eine Politik der Kommunikation auf militärischem Gebiet ergänzt haben.

c) wirtschaftlich

Auf dem wirtschaftlichen Gebiet bedeutete die Administration Nixons keine sonderliche Veränderung. Hier war die Kommunikation mit der Republik Südafrika immer schon sehr intensiv gewesen: die Wirtschaftsbeziehungen waren Grund und Grundlage der politischen Beziehungen.

Washington unterhält zur Republik Südafrika normale Wirtschaftsbeziehungen ⁴⁸⁾. Soweit die Regierung selbst betroffen ist, handelt es sich nur um wenige Gebiete: Gold, die Zuckerquote, Atomenergie. In der Hauptsache läuft die wirtschaftliche Kommunikation über die Privatwirtschaft, die weiter unten eigens behandelt werden wird. Hier interessiert nur die Frage, wie weit die Regierung das Verhalten der Privatwirtschaft aus politischen Gründen reguliert hat.

Gold

Bis zum August 1971, an dem die Golddeckung des Dollar endgültig aufgegeben wurde, spielte die Republik Südafrika als Lieferant von mehr als 80 % des verfügbaren Goldes eine beträchtliche Rolle. Andererseits deckte der Goldexport über die Hälfte der südafrikanischen Deviseneinnahmen ab. Südafrika verkaufte sein Gold in den sogenannten London-Pool, von wo es dann in den Internationalen Währungsfonds floß. Der erste Einbruch in dieses System — und damit die erste Schwächung der Republik Südafrika — erfolgte 1968, als die Vereinigten Staaten ihre Goldzahlungen an Private einstellten, um den offiziellen Goldpreis von 35 Dollar pro Unze retten zu können ⁴⁹⁾. Südafrika fürchtete um den Goldpreis und damit um seine Einnahmen. Es kam zu erheblichen Auseinandersetzungen

⁴⁷⁾ J. M. Segal vor dem UN Special Political Committee am 17. 10. 1974, in: DoSB 18. 11. 1974, S. 672.

⁴⁸⁾ Hearings (Anm. 36), Statement Trowbridge, S. 47. Trowbridge war stellvertretender Handelsminister.

⁴⁹⁾ Vgl. die Einzelheiten in: Africa Today, 1970, 5, S. 30 ff.

mit der amerikanischen Regierung, die Pretoria unterstellte, den Goldpreis unter die 35-Dollar-Marke herunterdrücken zu wollen. Südafrika stellte dementsprechend seine Goldlieferungen ein.

Die Regierung der Vereinigten Staaten beließ es nicht lange bei diesem Zustand. Sie nahm alsbald Verhandlungen mit Pretoria auf, zunächst bilateral, dann im Rahmen des International Monetary Fund. Am 30. Dezember 1969 kam es zu einem neuen Abkommen zwischen den USA und Pretoria. Danach konnte Südafrika Gold an den Fonds verkaufen, wenn der Marktpreis die 35-Dollar-Grenze erreichte und Südafrika Devisen für den Ausgleich der Zahlungsbilanz brauchte. Südafrikas Position war damit stabilisiert, der Goldpreis daran gehindert worden, abzusacken. Als er alsbald in schwindelnde Höhen aufstieg, drängte sich der spekulative Charakter des Goldbesitzes nach vorn. In dieser Lage hätte es nahegelegen, Gold überhaupt zu demonetisieren und statt dessen die Sonderziehungsrechte als Reserveeinheit einzuführen. Auf der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds 1975 wurde der Goldpreis jedoch freigegeben, was im Endeffekt wieder zu einer Verstärkung der Rolle des Goldes und damit auch zu einer Verstärkung der Position der Republik Südafrika führen wird.

Selbstverständlich wäre es eine verkürzte Sicht, wollte man diese Regelung des Goldproblems ausschließlich auf die Rücksichtnahme auf die Republik Südafrika zurückführen. Die Neuordnung des internationalen Währungssystems kennt sehr viel größere und schwierigere Probleme als den Zahlungsbilanzausgleich Südafrikas⁵⁰⁾. Andererseits sollte man die Rücksicht der Vereinigten Staaten auf die südafrikanischen Goldminen nicht unterbewerten. Der Anstieg des Goldpreises nach 1973 hatte Südafrika einen im wahrsten Sinne des Wortes glänzenden Boom beschert. Daran wird sich kaum etwas ändern, wenn auch die südafrikanische Währung im September 1975 um fast 18 % gegenüber dem Dollar abgewertet werden mußte⁵¹⁾. Südafrika kann sich stets einer wohlwollenden Berücksichtigung durch die amerikanische Außenwirtschaftspolitik sicher sein, und sei es auch nur zu dem Zweck, die beträchtlichen amerikanischen Investitionen in der südafrikanischen Wirtschaft nicht unrentabel werden zu lassen.

Zucker

Ein Musterbeispiel dafür ist die Aufnahme Südafrikas in die sogenannte Zuckerquote nach dem Boykott Kubas. Die Umverteilung der bevorzugten Zuckereinfuhr von Kuba läßt, gerade weil sie so grotesk ist, die Bevorzugung Südafrikas deutlich erkennen. Vor 1962 exportierte Südafrika keinen Zucker in die Vereinigten Staaten, einen großen und mit Preisvorteilen ausgestatteten Markt. Nachdem Kuba, das bis zur Revolution fast 60 % des amerikanischen Zuckerbedarfs gedeckt hatte, von den Vereinigten Staaten boykottiert wurde, verteilten die USA ihre Zucker-Zulassungsquoten neu. Erstmals — und ohne ersichtlichen Grund — erhielt Südafrika 0,71 % der für das Ausland vorgesehenen Zuckerquote⁵²⁾. Die Republik exportierte in dieser Zuteilung 1962 8 000, 1964 schon 20 000 to Zucker in die Vereinigten Staaten. Darüber hinaus erhielt die Republik aber noch einen Anteil aus den für Kuba vorgesehenen und gesperrten Zuckermengen. Rechnet man diese Mengen dazu, exportierte die Republik 1962 93 000, 1963 132 000 und 1964 120 000 to in die USA. Die Vereinigten Staaten nahmen 1965 fast 20 % der südafrikanischen Zuckerexporte ab; Südafrika wurde zu einem der größten Zuckerexporteure der westlichen Welt. Die amerikanische Politik bewirkte, daß der südafrikanische Zucker-Gesamtexport von knapp 300 000 to 1961 auf fast 1 Mio. to 1968 anstieg.

Eine Gesetzesänderung von 1965 korrigierte die Vorteile etwas, die Südafrika aus der Zuckerpolitik der amerikanischen Regierung zog, beseitigte sie aber keinesfalls. Die Regierung hatte es im Kongreß außerordentlich schwer, die Bevorzugung der Republik Südafrika als berechtigt und sinnvoll auszuweisen. Die Abgeordneten wiesen darauf hin, daß das Zuckergesetz ausdrücklich den Präsidenten in Stand setze, die Quoten für jedes Land auszusetzen, das das nationale Interesse der USA schädige. So sei man im Falle Südrhodesiens verfahren, warum nicht auch gegenüber der Republik?

In sehr viel schärferer Form wurde diese Frage bei der erneuten Beratung des Zuckergesetzes 1971 im Senat gestellt. Senator Edward Kennedy brachte zusammen mit 13 anderen Senatoren einen Abänderungsantrag ein, demzufolge die Zuckerquote für Südafrika zu

⁵²⁾ Die Einzelheiten bei: U. S. Congress. 91/1. Committee on Foreign Affairs, House: South Africa and United States Foreign Policy, Hearings, Washington 1969, Statement Murphy, S. 46 ff. Murphy war Direktor der Zucker-Politik-Abteilung im Landwirtschaftsministerium.

⁵⁰⁾ Zu diesen Problemen vgl. H. Brestel, Vor dem Ende des offiziellen Goldpreises, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. 8. 1975, S. 10.

⁵¹⁾ International Herald Tribune 22. 9. 1975

streichen sei. Das Land verstoße mehrfach gegen amerikanische Interessen und die Interessen amerikanischer Bürger; statt dessen sollte die Zuckerquote, wie es der Kongreß stets ausgeführt habe, den Entwicklungsländern zugute kommen⁵³). Der Abänderungsantrag wurde jedoch abgelehnt und das Zuckergesetz mit der Quote von 1,44 % für die Republik Südafrika angenommen. Die wirtschaftliche Kommunikation mit der Republik lief weiter.

Die Begünstigung Pretorias war um so grotesker, als der Boykott Kubas gerade damit begründet worden war, daß Kuba konstant gegen die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten verstoße. Es bleibt unverständlich, daß die amerikanische Regierung nunmehr einen Staat unterstützte, dessen internes System sie öffentlich verurteilte und als politische Belastung empfand. Es gab auch keinen entwicklungspolitischen Anreiz für diese Verteilung der Zuckerquote, da die Republik mit einem Bruttosozialprodukt von mehr als 20 Milliarden Dollar nicht zu den Entwicklungsländern zählt. Mauritius, Swasiland, Uganda und Madagaskar wären sehr viel eher berechtigt gewesen, von den Vereinigten Staaten mit Hilfe der Zuckerquote begünstigt zu werden. Dennoch hat sich die amerikanische Regierung dafür entschieden, die Republik zu bevorzugen. Sie widersprach damit auf der wirtschaftspolitischen Seite diametral dem, was sie verbal immer wieder beteuerte. Übersetzt man die wirtschaftliche Kommunikation, wie sie sich bei der Zuckerquote zeigt, in politische Sprache, so muß sie eindeutig als massive Unterstützung der Republik gewertet werden.

Atomenergie

Das gleiche Bild zeigt sich, wenn auch in etwas verkleinertem Maßstab, auf dem Sektor der Atomenergie. Auch hier bevorzugten die Vereinigten Staaten exklusiv in Afrika die Republik Südafrika, und zwar aufgrund des (schon erwähnten) bilateralen Abkommens von 1957, das zunächst bis 1977 terminiert ist. Es erlaubt den Vereinigten Staaten, der Republik Kernmaterial zu verkaufen oder zu überlassen für Zwecke der Forschung und der Energieerzeugung. Ebenso können Ausrüstungsgegenstände für die Benutzung friedlicher Atomenergie-Projekte geliefert werden⁵⁴).

Südafrika spielte schon eine große Rolle in Eisenhower's Atom-für-den-Frieden-Programm,

⁵³) Statement Kennedys, hier zitiert nach dem Abdruck in Issue I, Herbst 1971, S. 45 f.

⁵⁴) Hearings (Anm. 32), Statement Flaherty, S. 41 f.

dementsprechend auch für die beträchtlichen kommerziellen Interessen, die auf amerikanischer Seite dahinter standen. Der Verkauf von Reaktorausrüstungen und Anreicherungs-einrichtungen zählte zu den großen Devisenbringern in der amerikanischen Außenhandelsbilanz. Man schätzte 1971, daß der Verkauf solcher Ausrüstungen den Vereinigten Staaten innerhalb der nächsten 15 Jahre 80 Milliarden Dollar einbringen würde. Da die Republik Südafrika als Großabnehmer galt, kam ihr eine entsprechende Bedeutung zu. Auch Radiumisotopen wurden in die Republik verkauft, zumeist, wenn auch nicht ausschließlich, für medizinische Zwecke⁵⁵). Der Wissenschaftlertausch zwischen der Republik Südafrika und den Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der Atomenergie war relativ intensiv; zumindest einer der beiden Väter des südafrikanischen Atomprogramms, Professor Grant, hatte eine Ausbildung in den Vereinigten Staaten erhalten⁵⁶).

Nicht weniger aufschlußreich als die Zusammenarbeit mit Südafrika auf dem Gebiet der Kernenergie selbst ist die Tatsache, daß sie auf die Republik Südafrika beschränkt blieb. Mit den schwarzafrikanischen Staaten arbeiteten die USA hier nicht zusammen; sie beteiligten sich lediglich an dem Programm der Internationalen Atomenergiebehörde, das die schwarzafrikanischen Staaten mit Ausrüstungen und Experten versorgte⁵⁷). Während sie also die Beziehungen zu den schwarzafrikanischen Staaten multilateral abwickelten, bevorzugten sie die Republik Südafrika durch zweiseitige, direkte Kooperation. Selbstverständlich gibt es dafür Gründe: sie lagen in der kommerziellen und technologischen Kapazität der Republik, die sie von den schwarzafrikanischen Staaten unterschied. Nichtsdestoweniger muß die bevorzugte Position, die die Republik innerhalb des amerikanischen Kernenergie-Programms einnahm, unter gesamtpolitischen Gesichtspunkten als eindeutige Bevorzugung angesehen werden.

Auch hier wurde der Widerspruch zu den verbalen Beteuerungen Washingtons deutlich, daß es das Apartheidregime verabscheue und an seiner Beendigung interessiert sei. Wenn die amerikanische Regierung gleichzeitig dem Regime zu einem Atomenergieprogramm verhalf, konnte sie nicht gut erwarten, daß ihre Systemkritik ernst genommen wurde. Für die Nixon-Jahre galt dies um so mehr, als sich die Zusammenarbeit zunehmend auch auf Ge-

⁵⁵) Vgl. die Aufstellung ebenda, S. 59 ff.

⁵⁶) Ebenda, S. 53.

⁵⁷) Die Aufstellung der IAEA-Leistungen ebenda, S. 44—47.

bierte erstreckte, die militärisch ausgenutzt werden konnten.

Regulierung der Privatwirtschaft

Die allgemeine und immer wiederholte Devise der amerikanischen Regierung für ihr wirtschaftspolitisches Verhalten gegenüber amerikanischen Firmen in der Republik Südafrika lautete, daß sie die amerikanischen Investitionen dort weder fördere noch entmutige. Sie verzichtete ausdrücklich darauf, die Gewaltanwendung oder auch nur den wirtschaftlichen Boykott als Steuerungsinstrument in Erwägung zu ziehen. Sie glaubte vielmehr, daß die Lösung des Rassenproblems in der Republik „in einem konstruktiven Zusammenspiel zwischen den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräften liegt, das unvermeidlich zu Veränderungen führen werde“⁵⁸⁾. Sie zog sich auf eine Position zurück, die sie als neutral ansah, und rechtfertigte diese mit der allgemeinen Hoffnung, daß die Veränderung der wirtschaftlichen Situation in der Republik, etwa der Anstieg des Lebensstandards, auch die Rassenbeziehungen verändern werde. Sieht man die Devise des „neither encourage nor discourage“ näher an, so ergibt sich, daß sie hinsichtlich der Entmutigung sicherlich zutrifft. Im Gegensatz zu Namibia, wo die amerikanische Regierung ihrer Wirtschaft ausdrücklich von Investitionen abriet, hat sie eine solche Empfehlung in Richtung der Republik selbst nie abgegeben. Ob man auf der anderen Seite davon sprechen kann, daß sie die wirtschaftlichen Beziehungen nicht gefördert hat, kann erst nach einer Berücksichtigung der Einzelheiten festgestellt werden.

Diese Politik ist sich seit den sechziger Jahren durch alle Administrationen hin treu geblieben. Die Devise, weder zu ermutigen noch zu entmutigen, ist nicht erst von Republikanern erfunden worden, sondern galt schon unter Johnson und vermutlich früher⁵⁹⁾. War sie in den sechziger Jahren eher ein Eingeständnis der Passivität, so wurde sie in der Administration Nixon ausdrücklich in die Politik der Kommunikation eingebaut, sozusagen zu einer Strategie erhoben. Substantielle Änderungen ergaben sich dadurch freilich nicht.

In erster Linie reflektierte diese Devise den Wert der Republik für die amerikanische Wirtschaft. Schon Mitte der sechziger Jahre

rangierte die Republik an 17. Stelle der amerikanischen Auslandsinvestitionen. Sie nahm ungefähr 1 % des gesamten amerikanischen Investitionsvolumens im Ausland auf und ungefähr 28 % der direkten privaten Investitionen in Afrika⁶⁰⁾. Die Tendenz war seit 1962 ununterbrochen steigend; Handel und Investitionen nahmen zu, wenngleich bei den letzteren die Reinvestitionen einen stets größeren Anteil gewannen.

Washington entwarf für die in Südafrika investierende oder Handel treibende Industrie keine besonderen Regulative. Südafrika zählt zur sogenannten Schedule B der Foreign Direct Investment Regulations, also zu den entwickelten Ländern. (A-Länder sind sämtliche Entwicklungsländer; B-Länder solche entwickelten Länder, deren Kapitalbedarf von den USA als besonders dringlich angesehen wird.) Sie fiel damit unter die allgemeinen Investitionsbeschränkungen zur Sanierung der amerikanischen Zahlungsbilanz. Kapitalabflüsse in die Republik unterlagen der Zinsausgleichsteuer (interest equalization tax) oder dem freiwilligen Investitions- und Anleihebeschränkungsprogramm (the President's Program of Voluntary Restraint in Private Corporate Investment and Banklending Abroad)⁶¹⁾. Freilich fiel die Refinanzierung von amerikanischen Investitionen in der Republik nicht unter diese Beschränkung.

Diese Ambivalenz der Regierungspolitik war sehr verbreitet. Die Export-Import-Bank gab keine direkten Anleihen zu Investitionszwecken⁶²⁾. Sie bot aber eine Fülle von Kreditversicherungen und anderen Leistungen, die den amerikanischen Export in die Republik förderten⁶³⁾. Wenngleich die dafür aufgewandte Summe nicht sehr hoch war — sie belief sich von 1934 bis 1974 auf knapp 700 Millionen Dollar⁶⁴⁾ —, so wurde ihre Wirkung doch vervielfacht dadurch, daß sie die Kredite amerikanischer Banken und vor allem die der Foreign Credit Insurance Association versicherte. Zusammengefaßt ergibt sich, daß die Republik wie jedes andere entwickelte Land behandelt wurde.

⁵⁸⁾ Ebenda, S. 45.

⁶¹⁾ Ebenda, Statement Williams, S. 9.

⁶²⁾ Robert S. Smith, The Dilemma of Foreign Investment in South Africa, Beitrag zur Panel-Diskussion am 30. 4. 1971 vor der American Society of International Law, MS, S. 6. Smith war Deputy Assistant Secretary of State for African Affairs.

⁶³⁾ Hearings (Anm. 32), Statement Bostwick, S. 168 ff., Bostwick war der Executive Vicepräsident der Bank.

⁶⁴⁾ Export-Import-Bank of the United States: Cumulative Records, Washington o. J. (1975), S. 76.

⁵⁸⁾ Hearings (Anm. 32), pt. 1, S. 165, Zitat Außenminister Rogers.

⁵⁹⁾ Hearings (Anm. 36), pt. 1, Statement Trowbridge, S. 47.

In der Administration war man sich sehr wohl darüber im klaren, daß Südafrika einen besonders profitablen Platz für die amerikanische Industrie darstellte⁶⁵⁾. Man vermied es aber, nach den Gründen für die außerordentlich hohe Rendite von 14 % zu fragen, also nach den sozialen Folgen der Apartheid. Die einzige Konsequenz, die die Administration daraus zog, bestand darin, nicht unmittelbar fördernd die amerikanischen Investitionen zu begünstigen. Die Vereinigten Staaten veranstalteten daher keine Messen und Ausstellungen in der Republik, setzten ihre Handelsattachés nicht zur Förderung wirtschaftlicher Interessen ein. Eine gewisse Verringerung der üblichen Förderung ist also festzustellen.

Das Handelsministerium bemühte sich auch, das amerikanische Wirtschaftsinteresse in Afrika zu diversifizieren, es von den beiden traditionellen Zentren Republik Südafrika und Liberia ab- und auch auf das schwarzafrikanische Gebiet hinzulenken. Zu Beginn der siebziger Jahre entfaltete die Administration einen Feldzug zur Intensivierung der Handelsbeziehungen zu Gesamtafrika. 1972 wurde das Regional Trade Development Center in Lagos eröffnet, andere folgten⁶⁶⁾.

Diese Ausweitung der amerikanischen Handelspolitik wurde freilich nicht durch die Absicht motiviert, die Republik zu schwächen und auf diese Weise zur Aufgabe ihrer Apartheidpolitik zu bewegen; vielmehr war der Wunsch maßgebend, auch in Schwarzafrika Fuß zu fassen, dort die ökonomischen Interessen der Vereinigten Staaten zu fördern und gleichzeitig politisch ausgleichend in dem Schwarzen Erdteil zu wirken. Darauf, und nicht etwa auf das Interesse, die Republik zu beeinflussen, reagierte die amerikanische Administration.

Freilich hat sie ein solches Interesse nicht völlig vernachlässigt. Sie hat eine Reihe von Initiativen unternommen, das Verhalten der amerikanischen Industrie in Südafrika in Richtung auf den sozialen Fortschritt zu lenken. Während in Frankreich und der Bundesrepublik keinerlei Regungen in dieser Richtung zu verzeichnen sind, haben die Vereinigten Staaten auch Großbritannien, das einer solchen Absicht zumindest aufgeschlossen gegenüberstand, zweifellos überrundet.

Seit 1970 ist der Versuch der amerikanischen Administration erkennbar, die amerikanischen Firmen auf „fortschrittliche Arbeitsbe-

dingungen für alle südafrikanischen Beschäftigten“ festzulegen⁶⁷⁾. In allgemeinen Wendungen machte das Handelsministerium auf dieses Desiderat aufmerksam. Es stellte eine Verbindung her zwischen dem sozialen Fortschritt und der Höhe des Gewinns, versuchte also auch von der ökonomischen Seite her einen gewissen Anreiz für die Berücksichtigung seiner Anregungen zu geben. Um es den amerikanischen Firmen zu erleichtern, diesen Anregungen auch nachzukommen, wurden im Büro für Arbeitsstatistik des amerikanischen Arbeitsministeriums zahlreiche Informationen über die Arbeitsgesetzgebung in Südafrika und über die Möglichkeit, sie auszunutzen, gesammelt⁶⁸⁾. Der amerikanische Investor wurde auf diese Weise darüber informiert, wie hoch die Minimallöhne, wie einschränkend die Politik der jobreservation und wie hoch die Beschäftigungsmöglichkeiten für Schwarze waren.

Die Administration ließ es damit nicht bewenden. 1972, also unter der Nixon-Administration, startete das Afrika-Büro des Außenministeriums eine Aktion, die die amerikanischen Firmen in der Republik konkret auf die Möglichkeiten aufmerksam machen sollten, die Arbeitsbedingungen der Schwarzen zu verbessern. 1973 veröffentlichte das Büro eine Information über die Beschäftigungspraxis amerikanischer Firmen in der Republik, wobei sie die Möglichkeiten progressiven Verhaltens darstellte und darunter diejenigen Firmen mit konkreten Angaben nannte, die diese Möglichkeiten ausschöpften oder ausnutzten⁶⁹⁾. Dies muß als ein erheblicher Fortschritt angesehen werden, da die amerikanische Industrie über das Mögliche informiert und durch den Vergleich mit ihren Konkurrenten auch dazu angereizt wird, es zu verwirklichen.

Im Spätherbst 1974 forderte das Außenministerium die amerikanischen Firmen in Südafrika auf, die Kommunikation mit ihren schwarzen Angestellten zu intensivieren und auch Kollektivverhandlungen mit Vertretern nicht zugelassener schwarzer Gewerkschaften zu führen. Es betonte „die Wünschbarkeit von Diskussionen und Verhandlungen mit legitimen Vertretern der schwarzen Arbei-

⁶⁷⁾ Establishing a Business in Southern Africa, Overseas Business Report 70—50, September 1970, S. 14.

⁶⁸⁾ Vgl. etwa den Abdruck der einschlägigen Gesetze und Verordnungen der Republik in: Hearings (Anm. 32), pt. 1, S. 121—127.

⁶⁹⁾ Department of State, Bureau of African Affairs: Employment Practices of U. S. Firms in South Africa, Washington Feb. 1973.

⁶⁵⁾ Smith (Anm. 62), S. 5.

⁶⁶⁾ Hearings (Anm. 32), pt. 1, Statement Scott, S. 230 ff. Scott war Direktor des Büros für internationalen Handel im Handelsministerium.

ter" 70). Bemerkenswert ist, daß diese Aufforderung nicht nur im inneramerikanischen Kommunikationssystem erfolgte, sondern offiziell durch einen amerikanischen Beamten bei der Jahrestagung des Trade Union Council Südafrikas vorgetragen wurde.

Es fällt nicht leicht, diesen Versuch der Regierung, auf die Wirtschaft einzuwirken, in die Politik der wirtschaftlichen Kommunikation einzuordnen. Er könnte durchaus als Strategie gewertet werden, die das Ziel verfolgt, die Politik der Kommunikation durch

Beseitigung der schlimmsten Mißstände abzusichern. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß es sich um Einzelmaßnahmen besonders fortschrittlicher Leiter der Afrika-Abteilungen im Außenministerium, wie etwa Easum handelt, die demzufolge nur temporären Charakter tragen. 1975 war jedenfalls keine neue Aktivität dieser Art zu verspüren; statt dessen haben sich die amerikanischen Investitionen in der Republik erheblich gesteigert. Sie bilden die eigentlichen Früchte der Politik der wirtschaftlichen Kommunikation.

II. Die Politik der amerikanischen Wirtschaft

Unter den westlichen Industriestaaten, die mit der Republik Südafrika Wirtschaftsbeziehungen unterhalten, nehmen die Vereinigten Staaten durchweg den zweiten Platz ein. Sie rangieren, wenngleich mit großem Abstand, hinter Großbritannien, das an der Spitze steht. Lediglich als Abnehmer südafrikanischer Waren stehen die Vereinigten Staaten auf dem dritten Platz, überlassen den zweiten Japan. Der wichtigste Indikator für das Ausmaß und die politische Qualität des wirtschaftlichen Engagements in der Republik sind die Investitionen. Während der Handel die interne Struktur der Partner nur oberflächlich berührt, greifen Investitionen unmittelbar in diese Struktur ein. Der Betrieb, der in der Republik investiert, nimmt teil am Apartheidsystem, an der rassistisch instrumentierten Ausbeutung. Von dem Handelspartner hingegen kann das gleiche nicht gesagt werden. Auch er unterstützt zwar durch den Wirtschaftsaustausch das betreffende Regime. Er wird aber nicht zu dessen Teil. Handel und Investitionen müssen also deutlich auseinandergelassen werden.

1. Die amerikanischen Investitionen

Rund 340 amerikanische Firmen haben in der Republik Südafrika investiert, sei es als Alleineigentümer, als Partner oder sogar als Bürger der Republik 71). Die Gesamtzahlen sind insofern etwas irreführend, als sie nicht die Größenordnungen der Firmen angeben. Zieht man sie heran, so ergibt sich, daß zwölf große Korporationen ungefähr 70 % des ge-

samten Investitionsvolumens in der Republik bestreiten 72). Es handelt sich um folgende Firmen: (siehe Seite 18)

Andere Berechnungen sprechen von 30 amerikanischen Firmen, die politisch oder finanziell von Bedeutung für die Republik sind 74). Insgesamt dürfte das Volumen der amerikanischen privaten Direktinvestitionen in der Republik Südafrika 1973 etwa 900 Millionen Dollar betragen haben, 1975 ca. 1,3 Milliarden. Auffällig dabei ist die kontinuierliche Steigerung des Investitionsvolumens und auch die Steigerungsrate. 1943 betrug der gesamte Buchwert des amerikanischen Kapitals in Südafrika 50 Millionen Dollar. 1953 waren es 140 Millionen, 1960 284 Millionen und 1970 800 Millionen 75). Während sich in der letzten Zeit der Anteil des reinvestierten Kapitals gegenüber dem importierten ständig vermehrte, hat in den Jahren 1973 und 1974 der Kapitalexport aus den Vereinigten Staaten wieder zugenommen (1973 120 Millionen Dollar, 1974 380 Millionen Dollar) 76).

Auch die Verteilung der Investitionen änderte sich: Lag der Schwerpunkt traditionell auf dem Bergbau, so verlagerte er sich seit den sechziger Jahren immer stärker auf die Industrie. 1950 bis 1959 hatte der Bergbau 27 % des amerikanischen Investitionskapitals auf sich gezogen; in den sechziger Jahren sank es auf 11 % ab. Dafür stieg der Anteil der Industrie von 34

70) D. B. Easum, *Southern Africa Five Years after the Lusaka Manifesto*, in: DoSB, 16. 12. 1974, S. 843.

71) Vgl. die Trade List South African des Department of Commerce, hier benutzt in der Ausgabe von 1970.

72) The Corporate Information Center, National Council of Churches, New York (Friendship) 1973, S. 33. Die Liste läßt freilich Einzelheiten wie die überragende Stellung des amerikanischen Bankiers Engelhard und seines Einflusses in den USA nicht erkennen. Vgl. Engelhard: *Our Man — Still in Africa*, in: *Africa Today* 1970, 5, S. 26 ff.

73) Corporate Information Center (Anm. 72), S. 33.

74) Ebenda.

75) Ebenda, S. 9 f.

76) Department of Commerce (Ed.): *Survey of Current Business*, 55, 6, 1975, S. 53.

Name	Eigentümer	Investitions- volumen in Millionen Dollar	Anteil an den amerik. Ges.- investitionen (in %)
Caterpillar (Africa) & Barlow Caterpillar	Caterpillar	6,4	0,7
Chrysler South Africa	Chrysler	45,0	5,0
Firestone South Africa	Firestone	25—30	3,0
Ford (South Af.)	Ford	80—100	11,0
South African General Electr.	GE	55	6,1
General Motors South Africa	GM	125	14,1
Goodyear South Africa	Goodyear	15	1,7
IBM (South Afr.)	IBM	8,4	1,0
Standard Telephone & Cables (plus other compagnies)	ITT	50—70	7,8
3 M (South Africa)	3 M	12	1,3
Mobil Oil Southern Africa Mobil Refining Co. S. A.	Mobil	87,5	9,7
Caltex Oil (South Africa)	Texaco Standard Oil of California	103	11,4
Gesamt		US-\$ 613—657	68—73

auf 48 % an. Eine beträchtliche Rolle spielten immer die Investitionen in der Öl-Industrie, die sich auf einen Anteil von 21 bis 24 % der Gesamtinvestitionen beliefen⁷⁷⁾. In dieser Veränderung reflektierte sich natürlich der steigende Grad der Industrialisierung in Südafrika, insbesondere die Ausbildung des sekundären und tertiären Sektors. Innerhalb der Industrie war es wiederum die Auto-Industrie, die die Hauptrolle spielte. Sie bewirkte auch die Zunahme der Investitionen in den dem Auto benachbarten Industrien wie den Raffinerien, den Reifen- und Ersatzteilherstellern. Die wichtigsten Plätze in diesen Industrien werden eingenommen von den Firmen General Motors, Ford, Chrysler, Mobil, Texaco, Standard Oil, Goodyear und Firestone. Unter den nicht in engerem Sinne dem Auto zuzurechnenden Industrien haben vor allen Dingen General Electric und ITT in der Republik investiert, ferner IBM, Singer und Xerox, schließlich Coca Cola⁷⁸⁾.

Hatte traditionell die Republik den größten Teil der amerikanischen Investitionen in Afrika auf sich gezogen, so verschob sich diese

Proportion langsam. Zwar blieb die Republik nach wie vor ein bevorzugter Anlageplatz; doch gewannen andere afrikanische Länder zunehmend an Gewicht. Die amerikanischen Investitionen in Afrika außerhalb der Republik stiegen in den Jahren 1963 bis 1973 wie die Rate für die Republik: um 180,5 % gegenüber 198,8 %⁷⁹⁾. Natürlich waren die Investitionen nicht gleichmäßig über den Kontinent gestreut; sie konzentrierten sich auf einige wenige Länder, vornehmlich Liberia, Libyen und, vor allem, zunehmend Nigeria. Auch hier lag das Schwergewicht auf dem industriellen Sektor, dichtauf gefolgt vom Öl. Allerdings handelt es sich hier um Erdölförderung, während in der Republik die Investitionen ausschließlich der Verarbeitung zugute kamen. Öl wird in Südafrika so gut wie nicht gefunden.

Die sich hier andeutende Ausweitung der amerikanischen Investitionen auf Gesamtafrika reicht selbstverständlich nicht aus, um den hervorragenden Wert der Republik abzuschwächen. Immerhin ist eine Tendenz erkennbar, die den bis dahin ausschließlichen Schwerpunkt in Südafrika zunächst zu ergänzen und später dann vielleicht auch zu verschieben scheint. Während in der Dekade von 1959 bis 1968 der Anteil Südafrikas an allen amerikanischen Auslandsinvestitionen konstant bei 1,1 % blieb, stieg der Anteil Afrikas von 2,8 auf 4,1 % an⁸⁰⁾. Nimmt man für die-

⁷⁷⁾ Jean Gervasi, *Industrialization, Foreign Capital and Forced Labor in South Africa*, New York, UN, Unit of Apartheid, ST/PSCA/Ser. A/10, hier benutzt im Abdruck in: U. S. Congress, 92/1, Committee on Foreign Affairs House: U. S. Business Involvement in Southern Africa, Hearings, Washington 1971, pt. 2, S. 401 ff., S. 486.

⁷⁸⁾ Vgl. die Firmenliste in: U. S. Congress, 89/2, Committee on Foreign Affairs, House: United States — South Africa Relations, Hearings, Washington 1966, pt. 1, S. 15 ff.

⁷⁹⁾ african update, in: *Africa Report* 20, 1, 1975, S. 24.

⁸⁰⁾ Gervasi (Anm. 77), S. 485.

sen Vergleich das mit den Investitionen erzielte Einkommen zur Grundlage, so wird die Verschiebung noch deutlicher: Die südafrikanischen Investitionen konnten ihren Anteil an dem Gesamteinkommen aus allen Auslandsinvestitionen nur unmerklich steigern; von 1,4 % auf 1,7 % in der Dekade 1960 bis 1970. Afrika hingegen brachte 1968 9,6 % aller im Ausland erzielten Investitionseinkommen, nachdem es 1960 nur 0,9 % erzielt hatte. Sein Anteil hat sich also praktisch verzehnfacht. Auch in absoluten Zahlen ausgedrückt, ergibt sich das gleiche Bild: 1960 erbrachte Afrika 33 Millionen Dollar und die Republik noch 50 Millionen Dollar; 1968 erzielte die Republik nur noch 120 Millionen, Afrika hingegen 671 Millionen Dollar aus den amerikanischen Investitionen⁸¹⁾.

Das Bild ändert sich freilich, wenn man nur das südliche Afrika und die letzten beiden Jahre anschaut. Die Republik Südafrika zog noch 1972 nur etwas mehr als ein Drittel der rund 3 Milliarden Dollar auf sich, die die USA südlich der Sahara investierten. 1974 sprang dieser Anteil jedoch plötzlich auf 56 %, und er steigt weiter⁸²⁾. Gerade Nigeria bekam diese Verschiebung deutlich zu spüren, weil die amerikanischen Ölkonzerne ihre Investitionen plötzlich scharf beschnitten⁸³⁾. Die Gründe für diese Änderung sind nicht ohne weiteres ersichtlich; man wird sie aber in den Ereignissen in Angola sowie in der erneuten Instabilität Nigerias vornehmlich zu suchen haben. Ihnen gegenüber schlugen die hohen und gesicherten Gewinnspannen in der Republik Südafrika vorteilhaft zu Buch.

Generell kann gelten, daß es die hohen Gewinnspannen gewesen sind, die die amerikanische Industrie zur Investition in der Republik veranlaßt haben. Standortvorteile und insbesondere die extrem niedrigen Arbeitskosten trugen dazu bei, Südafrika zu einem der gewinnträchtigsten Länder werden zu lassen. Während die durchschnittliche Rendite amerikanischer Auslandsinvestitionen bei rund 11 % lag, lag sie in Südafrika zwischen 17 und 20 %⁸⁴⁾. In einzelnen Industriezweigen lag sie jedoch sogar erheblich höher. Im Bergbau wurde 1965 eine Rendite von 50 %, 1970 noch immer eine von 46 % erzielt. In der Ölindustrie waren es 1970 nur 12 %, 1968 hingegen 17 %⁸⁵⁾. Die Rendite in der Industrie

schwankte zwischen (1965) 20 % und (1970) 16 %. Das Hauptmotiv der amerikanischen Investitionen in der Republik ist damit eindeutig erkennbar. Gleichzeitig wird einsichtig, warum sich die Investitionen der USA in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und zunehmend gegen Ende dieser Dekade auf ganz Afrika ausgeweitet haben. Die Rendite stieg hier von 3,6 % 1960 auf 25,1 % 1968 an, also beträchtlich über den Durchschnitt, der in der Republik Südafrika erzielt werden konnte⁸⁶⁾.

Natürlich war die Rendite in der Republik Südafrika nicht stets so hoch; die Konjunktur schwankte erheblich, auch schwankten die Einnahmen einzelner Firmen innerhalb der verschiedenen Branchen sehr deutlich. Es ist nicht zu bezweifeln, daß gerade im Industriesektor auch Renditen hingenommen werden mußten, die weit unterhalb des Durchschnitts lagen, vornehmlich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Dieser Niedergang ist aber zweifellos nur konjunkturzyklisch bedingt, wird in jedem Boom wieder in das Gegenteil überdurchschnittlich hoher, im Bereich des Bergbaus extrem hoher Renditen zurückkehren. Zwar haben die amerikanischen Firmen, als sie vom Diggs-Ausschuß gefragt wurden, als Motiv für ihre Investitionen in der Regel nicht die Rendite angegeben, sondern deren Höhe in einigen Fällen sogar niedriger eingeschätzt, als sie in den Vereinigten Staaten ist⁸⁷⁾. Man wird dieses Understatement dem normalen Gebaren der Wirtschaft mehr zuzurechnen haben als einer exakten Profitberechnung. Mag es in einzelnen Fällen in der Tat sogar zu Verlusten gekommen sein, so brachte in der Mehrzahl der Fälle die Investition in der Republik eine der höchsten, in vielen Fällen sogar die höchste Rendite ein, die amerikanische Firmen bei Auslandsinvestitionen erzielten.

Das Investitionsinteresse, soweit es in den hohen Renditen begründet war, war damit unmittelbar verknüpft mit dem rassistischen System in der Republik. Die wirtschaftliche Diskriminierung des Schwarzen zusammen mit seiner politischen und gesellschaftlichen Diskriminierung ermöglichte es, die Kosten des Faktors Arbeit so niedrig zu halten, wie sonst nirgends in einem industrialisierten Land. Sicherlich ist es zu einfach, die hohe Rendite nur in diesem Zusammenhang zu sehen; man müßte auch andere Faktoren, wie Rohstoffversorgung, Standortvorteile etc., hinzu-

⁸¹⁾ Ebenda, S. 487.

⁸²⁾ International Herald Tribune 17./18. 4. 1976.

⁸³⁾ International Herald Tribune 3. 5. 1976.

⁸⁴⁾ Gervasi (Anm. 77), S. 488.

⁸⁵⁾ Hearings (Anm. 7) pt. 2, Statement Petty, S. 205. Petty war Assistant Secretary, International Affairs, Department of the Treasury.

⁸⁶⁾ Gervasi (Anm. 77), S. 488.

⁸⁷⁾ Siehe die Antworten auf den Fragebogen in: Hearings (Anm. 77), pt. 3, Appendix 82, S. 981 ff.

ziehen. Nicht zu bezweifeln ist jedoch, daß eine Annäherung der in der Republik gezahlten Löhne etwa an das in den USA herrschende Niveau einen der ausschlaggebenden Kostenvorteile und damit eine der wichtigsten Ursachen für die hohe Rendite zunichte machen würde.

Die realen wirtschaftlichen Interessen traten damit unweigerlich in Widerspruch zu den politischen Zielen, die die Politik der Kommunikation verkündete. Er hat sich in den letzten Jahren etwas verringert, und zwar aufgrund von Anstrengungen, die die amerikanische Industrie in der Republik unternahm, die Arbeitsbedingungen und die Lohnverhältnisse zu verändern. Den Beginn machte das berühmte „Polaroid-Experiment“ 1971. Es begann im Herbst 1970, nachdem sich in Cambridge das Polaroid Revolutionary Worker's Movement gegründet hatte und öffentlich Polaroid beschuldigte, durch seine Paßbilder das Identifikationssystem für Schwarze in der Republik direkt zu unterstützen⁸⁸⁾. Die Firma entschloß sich zu einem spektakulären Schritt. Sie entsandte eine kleine Kommission nach Südafrika und befolgte deren Empfehlungen: 1. ein einjähriges Reformprogramm zu starten und nach dessen Scheitern sich gegebenenfalls zurückzuziehen; 2. die Verkäufe an die afrikanische Regierung einzustellen; 3. die Gehälter und Sozialleistungen für ihre schwarzen Angestellten drastisch zu verbessern; 4. ein Ausbildungs- und Schulprogramm für die schwarzen Arbeitnehmer und ihre Familien zu erstellen⁸⁹⁾.

Als Folge dieser Empfehlungen wurden die Gehälter bei Polaroid um 22 % angehoben, die Beförderungsmöglichkeiten für schwarze Arbeitnehmer etwas verbessert. Gleichzeitig gab die Firma ein Drittel ihrer Gewinne in Südafrika an einen von den Schwarzen kontrollierten Erziehungsfonds ab. Wenngleich die absoluten Wirkungen nicht sehr groß waren, weil Polaroid nur über einen Verkaufsagenten in der Republik tätig war, der nicht mehr als 150 schwarze Arbeiter beschäftigte, erregte das Experiment erhebliches Aufsehen. Immerhin hatte zum ersten Mal eine amerikanische Firma offen eingeräumt, daß sie mit ihren Leistungen hinter den Möglichkeiten erheblich zurückblieb; immerhin hatte sich eine amerikanische Firma zum ersten Mal der Alternative gestellt, entweder ihr Verhalten grundsätzlich ändern zu können oder aber die Republik zu verlassen. Der Eindruck war derart, daß

⁸⁸⁾ Ebenda, Statement Hunter und Williams (PRWM), S. 33 ff.

⁸⁹⁾ Ebenda, Statement Wyman, (Polaroid), S. 2 ff.

das South African Institute of Race Relations das Polaroid-Experiment als nachahmenswert empfahl, freilich ohne die Alternative zu erwähnen⁹⁰⁾.

Das Polaroid-Experiment löste in den Vereinigten Staaten eine heftige Debatte zwischen denen aus, die es für reine Augenwischerei hielten, und denen, die es als eine Möglichkeit ansahen, in der Republik zu bleiben, sich aber von dem Ausbeutungssystem zu lösen. Während die Firma Polaroid natürlich ihr Experiment als einen beträchtlichen Beitrag zum Ende des Apartheid-Systems ausgab, lehnte genauso natürlich die revolutionäre Arbeiterbewegung von Polaroid das Experiment total ab, forderte das Ende der Investitionen und den Rückzug. Zwischen diesen beiden extremen und relativ seltenen Positionen spannte sich das breite Band derjenigen, die das Experiment, wenn es radikaler durchgeführt, von den großen und wichtigen amerikanischen Firmen mitgemacht und auch zu Gesetzesänderungen in der Republik führen würde, für wertvoll hielten⁹¹⁾. Andere verkannten diesen Wert nicht, waren aber doch besorgt, daß darüber die eigentliche Größe des Problems des Rassismus in der Republik vergessen würde⁹²⁾.

Die durch das Polaroid-Experiment ausgelöste Veränderung des Verhaltens der amerikanischen Firmen in der Republik war beträchtlich, erfaßte aber längst nicht sämtliche Firmen und erreichte keinesfalls das Maß des Möglichen. Die wichtigsten Firmen erklärten sich zumindest bereit, zunächst einmal über ihr sozialpolitisches Verhalten in der Republik zu informieren⁹³⁾. Vor allem auf Druck der amerikanischen Kirchen veröffentlichten bis 1973 13 maßgebende amerikanische Unternehmen Zahlen über ihre Löhne, ihre Ausbildungssysteme, ihre innerbetrieblichen Sozialleistungen⁹⁴⁾. Das Corporate Information Center war im Herbst 1973 aufgrund solcher und anderer Informationen in der Lage, eine umfassende Übersicht über das unternehmeri-

⁹⁰⁾ Ruth First, The South African Connection: From Polaroid to Oppenheimer, in: Issue, III, 1, 1973, S. 2 ff.

⁹¹⁾ Hearings (Anm. 77), pt. 3, Statement Cotter, S. 56. Cotter war Präsident des African-American Institute.

⁹²⁾ Erik P. Eckholm, Polaroid's Experiment in South Africa: Enlightened Engagement and the Structure of Apartheid, in: Africa Today, 1972, 2, S. 36 ff., S. 50.

⁹³⁾ Vgl. z. B. E. M. Estes, General Motors and South Africa: Enlightened Engagement and the scheinenden Kodak Highlights.

⁹⁴⁾ African-American Institute (Ed.): Update, September 1973, S. 1 ff.

sche Verhalten amerikanischer Firmen in der Republik zu geben ⁹⁵⁾.

Daraus ergibt sich zwar kein vollständiges, aber doch ein eindrucksvolles, im Durchschnitt sicher repräsentatives Bild. Amerikanische Firmen bewegten sich in ihrer Politik gegenüber schwarzen Arbeitnehmern in der Regel an den untersten Grenzen des Möglichen. Dies hat sich nach 1972 für einige maßgebende Firmen geändert, die sich seitdem an den oberen Grenzen des Möglichen aufhalten. General Motors und IBM beispielsweise zahlten Löhne, die den *minimum effective level* erreichten, also auf dem vom Institute of Race Relations geforderten und weit über dem von der Regierung festgesetzten Mindeststandard lagen.

Ähnliches gilt für die Sozialleistungen, einschließlich der Erziehungsbeihilfen und der Beförderungspolitik. Während Firmen wie die Reifenfabrik Firestone sich ganz am untersten Ende bewegten, sind andere amerikanische Unternehmen, vor allem in der Autobranche, aber auch wiederum IBM, in einigen Fällen bis an die Grenzen vorgedrungen, die von der südafrikanischen Regierung gezogen wurden. Ein ähnliches Bild zeigte sich in der Beschäftigungspolitik, wo das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit nur von einigen Firmen angestrebt wurde. Sie gehören gleichzeitig zu der Firmengruppe, die auch schwarze Arbeitersausschüsse als Gesprächspartner für die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen akzeptiert.

Das Bild des betrieblichen Verhaltens der amerikanischen Firmen in der Republik ist also sehr heterogen ⁹⁶⁾. Es fällt nicht leicht, einen einheitlichen Bewertungsrahmen dafür zu entwerfen. Unter diesem Vorbehalt kann gelten, daß einige amerikanische Firmen einige gravierende Folgen des rassistischen Systems in ihren Betrieben abgewendet und durch Strukturen ersetzt haben, die der Kritik standhalten können. Die breite Masse der amerikanischen Unternehmen dagegen hat es bestenfalls zu kosmetischen Veränderungen, in vielen Fällen nicht einmal dazu gebracht. Sie verweigern die Information über ihr Gebaren — und werden Grund dafür haben. 1969 ergab eine Umfrage, daß drei Viertel aller amerikanischen (und kanadischen) leitenden Angestellten amerikanischer Firmen in der Republik das System der Apartheid akzeptier-

ten, nur 20 % lehnten es ab ⁹⁷⁾. Es ist denkbar, aber nicht sehr wahrscheinlich, daß sich in den vergangenen sechs Jahren diese Einstellung grundsätzlich geändert hat.

Wenn das richtig ist, fällt ein gedämpftes Licht auf die Reformen, die seit 1971 vorgenommen worden sind. Sie dürften dann kaum dem Versuch gegolten haben, das Apartheid-System von der Seite der amerikanischen Investitionen aus zu durchbrechen, diese Investitionen als Hebel zu benutzen, die wirtschaftlichen Folgen des Rassismus zu beseitigen. Eher dürften diese Reformen auf inneramerikanische Pressionen reagiert und dazu gedient haben, die Weiterführung der Investitionen zu ermöglichen und abzusichern.

Der Nexus, der die amerikanischen Investitionen an das Apartheid-System bindet, liegt weniger im Gewinn als solchem als in der Tradition amerikanischer Firmenführung. Sie bewerten den lokalen Manager nach der Höhe des von ihm erwirtschafteten Profits — und nach nichts anderem. Er ist daher, auch wenn er über die langfristigen politisch-wirtschaftlichen Folgen seines Verhaltens weiß, immer geneigt, diesen Ausweis seiner Tüchtigkeit so hoch wie möglich zu halten. Es ist denkbar, aber ungewiß, daß die Mutterfirmen anders entscheiden würden, wenn sie besser von den lokalen Unternehmensleitern informiert würden. Bis jetzt hat nicht die in den Zentralen zweifellos vorherrschende langfristige Perspektive eine Veränderung der Unternehmenspolitik eingeleitet, sondern lediglich der handfeste, vornehmlich von den Kirchen ausgeübte Druck in den Aktionärsversammlungen. Nur ihm ist zu danken, daß einige amerikanische Firmen in der Republik ein aufgeklärtes, sozial fortschrittliches Verhalten gegenüber den schwarzen Arbeitnehmern an den Tag gelegt haben. Die übrigen haben sich, soweit es ging, dem System eingepaßt, weil sie im Hinblick auf die Höhe der Gewinne von diesem System profitieren. Die kurzfristige Bindung der amerikanischen Investitionen — direkt oder indirekt — an die Profithöhe, die das Apartheid-System ermöglicht, ist unverkennbar.

2. Der Handel

Im amerikanischen Außenhandel spielt Afrika, eingeschlossen die Republik Südafrika, keine sehr große Rolle. Es hat 1973 3,1 % der amerikanischen Exporte und den gleichen Satz an amerikanischen Importen auf sich ge-

⁹⁵⁾ Corporate Information Center, National Council of Churches: Church, Investment, Corporations and South Africa, New York (Friendship) 1973.

⁹⁶⁾ Die Einzelheiten ebenda, *passim*.

⁹⁷⁾ J. Blashill, The Proper Role of U. S. Corporations in South Africa, in: Fortune, Juli 1972, S. 51.

zogen, wengleich im ersten Halbjahr 1974 die amerikanischen Importe aus dem Kontinent eine steigende Tendenz aufwiesen⁹⁸⁾. Der Anteil der Republik Südafrika am amerikanischen Welthandel bewegte sich ungefähr um 1 %. Trennt man die Republik vom übrigen Afrika, so ergibt sich, daß der schwarzafrikanische Anteil an den amerikanischen Exporten und Importen doppelt so hoch war wie der südafrikanische. Gemessen an den geographischen Größenverhältnissen zeigt dies natürlich die besondere Relevanz der Republik für den amerikanischen Handel mit Afrika. Wengleich die Bedeutung Algeriens, Nigerias, Libyens und (bis 1974) Angolas nicht zu verkennen ist, so stand sie doch eindeutig hinter der der Republik zurück. Lediglich Nigeria hat auf der Importseite der USA die Republik überflügelt — eine Folge des nigerianischen Erdöls. Allgemein importieren die Vereinigten Staaten aus Afrika außer Öl vornehmlich Kaffee, Kakao, Diamanten und Fische. Die USA ihrerseits exportieren nach Afrika im wesentlichen Maschinen, Flugzeuge, Ersatzteile und Lebensmittel⁹⁹⁾.

Die Republik ist also ein wichtiger Handelspartner, verliert aber, bezogen auf Gesamt-afrika, an Gewicht¹⁰⁰⁾.

Diese Einschätzung kann natürlich nur unter großem Vorbehalt gegeben werden. Präziser wäre es zu sagen, daß die Relevanz der Republik Südafrika für die amerikanischen Handelsbeziehungen unverändert bleibt, wohingegen die Afrikas zunimmt. Freilich ist dabei qualifizierend zu berücksichtigen, daß die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten mit der Republik konstant positiv ist, was 1970 nur noch mit zehn anderen Ländern der Fall war¹⁰¹⁾.

Schließlich müssen die amerikanisch-südafrikanischen Handelsbeziehungen auch unter dem Aspekt der Rohstoffversorgung der Vereinigten Staaten gesehen werden. Sie waren immer fast vollständig auf Importe angewiesen, wenn es um Zinn, Nickel und Platin ging. Darüber hinaus konnten sie ihren Verbrauch an Asbest, Chrom, Graphit, Mangan und Tungsten zum größten Teil nur durch Import decken. Unter diesem Aspekt waren die Handelsbeziehungen mit der Republik Südafrika

immer schon interessant, denn die Republik produzierte einen großen Teil der Weltförderung solcher Rohstoffe. Ein Viertel bis sogar ein Drittel der Weltförderung von Chrom, Vanadium, Antimon, Platin und Schiefersilikaten kommen aus der Republik. Ihr Anteil an der Goldproduktion lag 1969 knapp unter 70 %¹⁰²⁾. Die Vereinigten Staaten bezogen 1969 fast drei Viertel ihres Uranimports aus der Republik Südafrika, 28,2 % des Antimons, 23,9 % der Schiefersilikate und 22,9 % des Chroms¹⁰³⁾. Die Relevanz der Republik fällt etwas ab, wenn man ihre Importe auf den realen Verbrauch in den Vereinigten Staaten bezieht. Nur ein Viertel des Chromverbrauchs in den Vereinigten Staaten, stammte 1969 aus der Republik, nur 16 % des verbrauchten Antimons, 8 % des Urans und 6,2 % des Asbests¹⁰⁴⁾.

Verglichen etwa mit der Bundesrepublik Deutschland und Japan sind die Vereinigten Staaten noch am wenigsten abhängig von der Republik; sie könnten noch am ehesten die Rohstoffimporte aus Südafrika durch solche aus Schwarzafrika oder anderen Teilen der Welt substituieren. Berücksichtigt man aber den Wert, den traditionelle und verlässliche Versorgungsquellen haben, berücksichtigt man die Interessen, die sich im Laufe der Zeit um solche Handelsbeziehungen gruppieren, so schlägt die Republik als Lieferant von Rohstoffen sicher schon zu Buche. Eine Umstellung der Versorgung auf andere Quellen wird nicht leicht sein — das Debakel der Wiederaufnahme der Chrom-Importe aus Rhodesien, trotz einer Sanktionsverhängung durch den Sicherheitsrat, zeigt, wie stark die Lobby in den Vereinigten Staaten sein kann.

Für den wirtschaftlichen Akteur also ist die Republik ein interessanter und lukrativer Partner. Vornehmlich die Investitionen, aber auch die Handelsbeziehungen profitierten davon, daß die Republik Charakteristika der Hochindustrialisierung und der Unterentwicklung miteinander kombinierte. Zusammen mit der politischen Stabilität, die das Regime zu verbürgen vorgibt, sind damit Möglichkeiten der Wirtschaftstätigkeit gegeben, wie sie nicht leicht ein zweites Mal auftreten werden.

⁹⁸⁾ International Monetary Fund: Directions of Trade, October 1974. Zahlen für die vorhergehenden Jahre in: Hearings (Anm. 77), pt. 1, S. 180.

⁹⁹⁾ African update, in: Africa Report, 20. 1. 1975, S. 24.

¹⁰⁰⁾ Hearings (Anm. 77), pt. 1, S. 231.

¹⁰¹⁾ Ebenda, S. 267.

¹⁰²⁾ G. Loewenstein und S. Gervasi, Southern Africa in the World Economy, Research Notes, in: U. S. Congress, Committee on Foreign Affairs, House: The Faces of Africa: Diversity and Progress, Repression and Struggle, H. Rep. 92—1598, 1972, S. 468.

¹⁰³⁾ Ebenda.

¹⁰⁴⁾ Ebenda.

III. Wandel in der amerikanischen Südafrikapolitik?

Das Ergebnis dieser mittelfristigen Analyse läßt keinen Wandel der amerikanischen Südafrika-Politik erwarten, jedenfalls nicht unter der gegenwärtigen Regierung. Für sie, wie für die Regierung Nixon, liegt das amerikanische Interesse in erster Linie in der Republik Südafrika, und zwar wirtschaftlich wie militärisch-politisch. Dieses Interesse hat, wie das Verhaltensmuster der USA zeigt, durchaus strukturelle Qualität. Sie wurde unter der Ägide Kissingers noch verstärkt. Seine Politik der Kommunikation war darauf gerichtet, die Einschränkungen dieses Interesses langsam abzuschwächen. Die Reserven gegenüber einer Zusammenarbeit mit der Republik auf militärisch-politischem Gebiet, die die demokratische Administration Kennedys verdeutlicht hatte, wurden unter Kissinger aufgebaut; die wirtschaftliche Interaktion wurde beibehalten, nahm in der Mitte der siebziger Jahre noch zu.

Insgesamt war eine gewisse Annäherung zwischen Washington und Pretoria festzustellen, die auf der sich verstärkenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit beruhte, aber offensichtlich auch die Einschätzung der Lage im südlichen Afrika, insbesondere der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion, mit umfaßte. Sie wurde von Pretoria benutzt, um die Interessenidentität noch zu vergrößern. Kissingers Personalpolitik trug dazu bei, sie zu erleichtern.

Diese Einschätzung läuft Gefahr, die militärischen Möglichkeiten der Konfliktlösung überzubetonen und den Konflikt selbst als eine Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Nichtkommunismus fehlzuinterpretieren. Die Gefahr ist um so größer, als dieses Mißverständnis der Konfliktstruktur in Entkolonialisierungsprozessen für die USA typisch zu sein scheint. Sie haben in Lateinamerika, vor allem aber in Vietnam gezeigt, daß dieses Mißverständnis ihre Standardreaktion auf Herrschaftsumschichtungen in der Dritten Welt ist; man hat mehrfach nachgewiesen, wie dieses erwartbare Verhalten gerade in Lateinamerika immer wieder zugunsten reaktionärer Herrschaftsinteressen ausgenutzt worden ist.

Der Vietnamkrieg, dieses unendlich teure Lehrstück, hat zumindest beim Kongreß die Bereitschaft zu einer Verhaltensänderung ausgelöst. Sie ist radikal und ungerichtet, pauschalisiert die Erfahrung des Vietnamkrieges und könnte eventuell sogar in eine übertriebene Reaktion umschlagen. Im Fall

Angolas aber hat der Kongreß durchaus richtig entschieden und dem Außenminister, der erneut auf (wenn auch zunächst verdeckte) militärische Eingriffe vertraute, eine Absage erteilt. Kissinger denkt offenbar nach wie vor in den Klischees europäischer Großmachtspolitik, denen die spezifische Konfliktstruktur in den Autonomisierungsprozessen der Dritten Welt entgeht. Aus diesem Grund hat er die portugiesische Kolonialpolitik in Angola bis zum bitteren Ende unterstützt, obwohl es den Vereinigten Staaten relativ leichtgefallen wäre, dieser Politik zu einem früheren Ende zu verhelfen. Aus diesem Grund hat er in der nachkolonialistischen Auseinandersetzung in Angola mit der Unterscheidung zwischen pro-westlichen und pro-kommunistischen Gruppierungen eine Dichotomierung herbeigeführt, die in dieser Form niemals vorhanden gewesen war. Es gibt die durchaus ernst zu nehmende These, daß erst die militärische Unterstützung der FNLA durch die USA die Sowjetunion auf den Plan gerufen und damit die kubanische Intervention möglich gemacht habe¹⁰⁵).

Diese Intervention war selbstverständlich ein militärisches Faktum, das eine militärische Reaktion nahelegen und zu rechtfertigen schien. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß der entscheidende Fehler sehr viel früher gemacht worden war und durch Militärhilfe, möglicherweise sogar noch durch einen erneuten Einsatz amerikanischer Truppen, nicht mehr repariert werden konnte. Wie in Vietnam konnte auch in Angola durch militärische Aktionen nicht mehr bewirkt werden, was zuvor an Beeinflussung des wirklich politisch-gesellschaftlichen Konflikts und an Parteinahme für die richtige Seite versäumt worden war.

Angola kann damit als Paradigma der amerikanischen Südafrikapolitik gelten. Bisher ist nicht erkennbar, daß Kissinger die axiomatischen Grundlagen, die die Politik der Kommunikation bestimmt haben, geändert hat. Seine Blitztour durch das südliche Afrika reicht als Beleg nicht aus; sie muß vielmehr bislang als Oberflächenerscheinung gewertet werden, als diplomatische Geste. Wäre sie mehr, so müßte sich die amerikanische Afrikapolitik in dreifacher Hinsicht verändern.

¹⁰⁵) John A. Marcum, *Lessons of Angola*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 54, No. 3, April 1976, S. 414 f. Man darf auch nicht übersehen (was in Washington offenbar nicht bemerkt worden ist), daß die Sowjetunion auch einer denkbaren chinesischen Reaktion zuvorkommen wollte.

Erstens müßte sie eine eindeutige Parteinahme für die Rechte der schwarzen Mehrheit enthalten, und zwar nicht nur in Rhodesien, sondern auch in der Republik. Bislang ist die amerikanische Position unzweideutig nur hinsichtlich Namibias. Kissinger forderte in Lusaka die majority rule für Rhodesien. Hinsichtlich der Republik war er sehr viel zurückhaltender, sprach nur davon, daß „die amerikanische Politik auf die Prämisse gegründet (sei), daß wir innerhalb eines vernünftigen Zeitraums eine klare Entwicklung zur Chancengleichheit und zu den menschlichen Grundrechten für alle Südafrikaner sehen“^{105a)}. Diese Formulierung stellt sicher, gemessen an der bisherigen Zurückhaltung im Zeichen der Politik der Kommunikation mit Pretoria, einen Fortschritt dar, reicht aber nicht aus, zumal sie von den politischen Rechten der Südafrikaner nicht spricht. Washington müßte zunächst einmal verbal klare Fronten beziehen.

Zweitens müßte die eindeutige Parteinahme für die Rechte der Schwarzen (die die der Weißen natürlich einschließt) instrumentalisiert werden mit einer aktiven Hilfspolitik für die schwarzen Staaten Südafrikas. Sie zählen zu den ärmsten der Welt überhaupt. Ganz Afrika hat 1975 von den USA 333 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe erhalten, das meiste freilich rückzahlungsfrei¹⁰⁶⁾. Fast den gleichen Betrag erhielt Kambodscha allein¹⁰⁷⁾. Malawi bekam 700 000 Dollar, Sambia 200 000 Dollar Wirtschaftshilfe¹⁰⁸⁾. Das ist nicht ein-

mal der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Tansania erhielt 40 Millionen Dollar, sicherlich entschieden mehr, aber ebenfalls nicht ausreichend angesichts des Bedarfs. Hier müßte schnelle Abhilfe durch großzügige Wirtschaftshilfe geschaffen werden. Kissinger hat in Lusaka die Kernprobleme auch deutlich benannt; was er dort aber, und vor allem dann in Nairobi vor der UNCTAD¹⁰⁹⁾, konkret an amerikanischer Hilfe angeboten hat, läuft eher auf eine Investitionserleichterung für multinationale Firmen als auf wirkliche Entwicklungshilfe hinaus. Das ist vielleicht etwas übertrieben, trifft aber sicher den Kern.

Erst mit dezidiertem Parteinahme und substantieller Hilfe für die Schwarzafrikaner wäre ein Wandel der amerikanischen Südafrika-Politik vollzogen. Hinzu kommen müßte aber, drittens, noch die politische Einwirkung auf die Republik und auf die amerikanische Wirtschaft in ihr. Ohne diese Einwirkung wird der Rassismus dort nicht schnell genug überwunden werden können. Er bildet aber den Kern der politischen Konflikte im südlichen Afrika. Wenn die Vereinigten Staaten (und, natürlich, die ganze westliche Welt, die Bundesrepublik eingeschlossen) von den Niederlagen in diesem Konflikt nicht betroffen werden wollen, müssen sie aktiv zur Überwindung der Rassentrennung in Südafrika beitragen.

Erst die Erfüllung dieser drei Forderungen, zumindest der Anfang dazu, würde es erlauben, von einem Wandel der amerikanischen Südafrika-Politik zu sprechen. Die Reise Außenminister Kissingers läßt kaum etwas davon erkennen.

¹⁰⁹⁾ International Herald Tribune, 7. 5. 1976.

^{105a)} Wireless Bulletin, No. 73, 28. 4. 1976, S. 9.

¹⁰⁶⁾ Agency for International Development: U. S. Overseas Loans and Grants, Preliminary FY 1975 Data, Washington 1976, S. 5

¹⁰⁷⁾ Ebenda, S. 4.

¹⁰⁸⁾ Ebenda, S. 6.

Die Aprilkrise in China

Vorgeschichte, Verlauf und Auswirkungen des Sturzes von Teng Hsiao-p'ing und der Unruhen in Peking

Seit dem plötzlichen Sturz des in der Kulturrevolution zum Nachfolger Mao Tse-tungs designierten, ehemaligen Verteidigungsministers Lin Piao haben keine Nachrichten aus der Volksrepublik China (VR China) mehr so viel Überraschung unter den Beobachtern der chinesischen Politik in aller Welt ausgelöst, wie die Meldungen, die uns Anfang April dieses Jahres erreichten.

Als Premierminister Chou En-lai am 8. Januar 1976 starb, schien seine Nachfolge gesichert: Der erste Vizepremier und Vizevorsitzende des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas (*Kung-ch'an tang*; KCT), Teng Hsiao-p'ing — in der Kulturrevolution als „zweiter kapitalistischer Machthaber in der Partei“ angegriffen und ‚gesäubert‘, im April 1973 jedoch rehabilitiert —, hatte bereits seit der Erkrankung Chous im Mai 1974 die Funktionen des Leiters des Staatsapparates wahrgenommen. Nichts schien selbstverständlicher, als daß Teng, Symbolfigur einer an pragmatischen Entwicklungs- und Sicherheitserwägungen orientierten Politik der Konsolidierung, jetzt auch formell das Amt des Premiers übernehmen würde. Doch dann wurde plötzlich am 7. Februar der bisher an sechster Stelle im Präsidium des Staatsrates rangierende Vizepremier und Minister für Öffentliche Sicherheit, Hua Kuo-fêng, als „amtierender Premierminister“ genannt¹⁾, ein wahrscheinlich etwa 63jähriger Altfunktionär mit umfassenden Erfahrungen in den unteren und mittleren Ebenen der Parteiorganisation, in der Landwirtschaftspolitik und im Apparat der Geheimpolizei, der erst nach dem Sturz Lin Piaos eine führende Position in der Zentrale übernommen hatte²⁾. Wenige Tage später begann in den chinesischen Massenmedien eine intensive Kampagne der Kritik an einem zunächst nicht namentlich genannten

„unverbesserlichen kapitalistischen Machthaber in der Partei“³⁾, der rasch als Teng Hsiao-p'ing identifiziert werden konnte.

Die parteiamtliche Nachrichtenagentur „New China News Agency“ (NCNA) nahm diese Identifizierung allerdings erst am Abend des 7. April mit folgender Erklärung vor: „In der um 14.10 Uhr gesendeten Meldung sind die Worte ‚jener unverbesserliche kapitalistische Machthaber in der Partei‘ durch die Worte ‚der unverbesserliche kapitalistische Machthaber in der Partei, Teng Hsiao-p'ing‘, zu ersetzen.“⁴⁾

Nur wenige Minuten später teilte Radio Peking der Welt den Sturz Tengs sowie die Ernennung Hua Kuo-fêngs zum Ersten Vizevorsitzenden des ZK der KCT und zum Premierminister mit. Beide Beschlüsse seien, so hieß es, „einstimmig“ vom Politbüro des ZK der KCT, „auf Grund eines Vorschlages des großen Führers, des Vorsitzenden Mao“, gefaßt worden⁵⁾.

Die Ernennung Huas verstieß sowohl gegen Art. 9 des Parteistatuts der KCT vom 28. August 1973, der die Wahl der Vizevorsitzenden des ZK durch dessen Plenum vorschreibt, als auch gegen Art. 17 der Verfassung der VR China vom 17. Januar 1975, nach dem der Premierminister vom Nationalen Volkskongreß auf Vorschlag des ZK der KCT gewählt werden soll. Aber statuarische Verfahrensfragen haben die Führungsgruppe in Peking schon seit den frühen sechziger Jahren kaum noch bekümmert. Der China-Wissenschaft wurde so nur ein weiteres Mal die Sinnlosigkeit des Studiums chinesischer Parteistatute und Verfassungen vor Augen geführt.

Von erheblich größerer Bedeutung war der Wortlaut des Politbüro-Beschlusses über die Säuberung Teng Hsiao-p'ings: „Das Politbüro des ZK der KCT diskutierte den *konterrevolu-*

1) New China News Agency (NCNA), Peking, 7. 2. 1976.

2) Zur Biographie Huas vgl. u. a.: Chu Wên-lin, Über Hua Kuo-fêng, in: Fei-ch'ing yüeh-pao/Chinese Communist Affairs Monthly, T'aipei, Bd. XVIII, Nr. 9, 5. 3. 1976, S. 7—11, und Fang Tan, Wie hat Hua Kuo-fêng avanciert?, in: Ming-pao (Das Licht), Hongkong, 29. 1. 1976.

3) So z. B.: Jen-min jih-pao (Volkszeitung; JMJP), Peking, 22. 2. 1976

4) NCNA, Peking, 7. 4. 1976, 19.47 Uhr.

5) Zentrales Volksradio (ZVR), Peking, 7. 4. 1976, 20 Uhr.

tionären Zwischenfall, der auf dem Platz vor dem T'ienanmên ausbrach, sowie das Verhalten Teng Hsiao-p'ings in letzter Zeit. Es vertritt die Auffassung, daß das Problem Teng Hsiao-p'ing bereits den Charakter eines antagonistischen Widerspruchs angenommen habe. Auf Vorschlag des großen Führers, des Vorsitzenden Mao, beschloß das Politbüro einstimmig, Teng Hsiao-p'ing aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei zu entheben, seine Parteimitgliedschaft (jedoch) vorbehaltlich einer späteren Prüfung aufrechtzuerhalten." ⁶⁾

Damit bestätigte die chinesische Führung offiziell, was westliche Nachrichtenagenturen bereits am 5. April ⁷⁾ und Hongkonger Zeitungen am 6. April ⁸⁾ gemeldet hatten, daß nämlich im Herzen Pekings, auf jenem Platz, auf dem Mao Tse-tung am 1. Oktober 1949 die Gründung der VR China proklamiert hatte, an der Stätte der großen Massenkundgebungen des Regimes, Unruhen ausgebrochen waren.

Die Reaktion der Führung auf dieses Ereignis zeigte deutlich Erschrecken und Verwirrung. Mehr als drei Wochen lang lasen sich Berichte in der Pekinger „Volkszeitung“ (*Jen-min jih-pao*; *JMJP*) wie die Kampfreportagen rotgardistischer Blätter zur Zeit des Höhepunktes der Fraktionskämpfe in der Kulturrevolution. Noch nie in der Geschichte der VR China haben die offiziellen Medien so detailliert und umfassend von Opposition und Widerstand gegen die KCT berichtet.

I.

Chinas innenpolitische Entwicklung hat sich in den letzten eineinhalb Jahrzehnten im wesentlichen als eine Abfolge von in immer kürzeren Zeitabständen auftretenden Krisen und innerparteilichen Konflikten vollzogen. Im Vordergrund der Auseinandersetzungen stand und steht bis heute das Problem der personellen Nachfolge für Mao Tse-tung sowie einer programmatisch auf die Durchsetzung seiner gesellschaftspolitischen Vorstellungen festgelegten Generationsnachfolge. Das politische System Chinas nahm so die Züge eines *transitorischen Krisensystems* an, eines Systems also im Übergang von der unbestrittenen, *charismatischen* Führerschaft Maos in den fünfziger Jahren zu einem wahrscheinlich erst

Innerhalb von drei Wochen nach dem Tode Chou En-lais war also dessen designierter Nachfolger gestürzt und ein den oberflächlichen Beobachtern der chinesischen politischen Szene weitgehend unbekannter Mann an die zweite Stelle der Parteiführung sowie an die Spitze des Apparats der Staatsverwaltung vorgerückt. Auseinandersetzungen über diese Entscheidungen innerhalb der Führung hatten offenen Widerstand im Zentrum der Hauptstadt bewirkt.

Noch ist die Zeit für eine umfassende Analyse der dramatischen Ereignisse des Frühjahrs 1976 nicht reif. Aber eine erste, vorläufige Darstellung und Wertung kann anhand des jetzt vorliegenden Materials bereits vorgenommen werden. Sie wird für spätere Korrekturen offen sein müssen; Schlußfolgerungen werden nur mit dem Vorbehalt ausgesprochen werden können, daß diese der Ergänzung wie der Verdeutlichung durch die Ergebnisse langfristiger Untersuchungen bedürfen. Unter diesen Voraussetzungen soll versucht werden,

— die Vorgeschichte des neuen innenpolitischen Konflikts in China zu beleuchten;

— den Verlauf der Ereignisse im April dieses Jahres zu schildern;

und

— nach den Folgerungen zu fragen, die sich für das Studium der chinesischen Politik wie auch für den politischen Umgang mit der VR China aus diesen Ereignissen ergeben.

nach dem Tode des Parteivorsitzenden erreichbaren System der *institutionalisierten Führung* ⁹⁾. So unterschiedlich die Konflikte im einzelnen verliefen, so deutlich war ihnen in der Vorbereitungsphase die Herausbildung von Meinungs- und funktionalen Gruppen innerhalb der KCT gemeinsam, die sich über jeweils begrenzte Sachkonflikte in wechselnden Koalitionen zusammenschlossen und Kompromisse über personelle wie politische Entscheidungen eingingen. Die Verdichtung solcher Koalitionen zu Fraktionen, kohärenten Zirkeln, die sich auf umfassende alternative Sachprogramme stützten, signalisierte in allen Fällen den Beginn der Krise, den offenen Konflikt ¹⁰⁾.

⁶⁾ Ebenda (Hervorhebung durch d. Verf.).

⁷⁾ Agence France Press (AFP) und Reuter, Peking, 5. 4. 1976.

⁸⁾ Ming-pao (Das Licht), Hongkong, 6. 4. 1976.

⁹⁾ Vgl. hierzu: Jürgen Domes, China nach der Kulturrevolution — Politik zwischen zwei Parteitagen, München 1975, S. 16 f. und S. 336 f.

¹⁰⁾ Ebenda.

Unmittelbar nach dem X. Parteitag der KCT (24.—28. August 1973), nach einer Phase, die ganz im Zeichen der Überwindung der Lin Piao-Krise vom September 1971 gestanden hatte, wurde für den aufmerksamen Beobachter wiederum die Herausbildung solcher Meinungs- und funktionaler Gruppen erkennbar:

1. Die Gruppe jener *Kader des diplomatischen und Verwaltungsapparats*, die in der Kulturrevolution ihre Position hatte halten können. Sie wurde von dem damaligen Premier Chou En-lai bis zu dessen Erkrankung geführt und umfaßt etwa 45 Vollmitglieder des ZK. Dieser Kreis, dessen wichtigster Vertreter heute der Zweite Vizepremier Li Hsien-nien ist, unterhielt allem Anschein nach enge Beziehungen zu

2. der Gruppe der *rehabilitierten Kader*, die als Angehörige der anti-maoistischen Fraktion im Parteiapparat während der Kulturrevolution ‚gesäubert‘ worden waren und seit 1972, vor allem aber in den Jahren 1974 und 1975, erneut aktiv werden konnten. Unter der Führung Teng Hsiao-p'ings gehörten ihr mindestens 14 Vollmitglieder des ZK an.

3. Die Gruppe der *kulturrevolutionären Linken* unter der Führung der Frau des Parteiführers, Chiang Ch'ing, des heutigen Ersten Vizepremiers Chang Ch'un-ch'iao und des Parteitheoretikers Yao Wên-yüan. Sie setzt sich aus dem engsten Kreis der Mitarbeiter Maos und aus jenen ehemaligen Funktionären der maoistischen Massenorganisationen zusammen, die inzwischen Eingang in den Parteiapparat gefunden haben. Mit etwa 40 Vollmitgliedern des ZK kontrolliert sie den Propagandaapparat der KCT und damit die zentralen Massenmedien, aber auch die Gewerkschaften, die städtischen Arbeitermilizen in Peking und Shanghai sowie die Kommunistische Jugendliga. Mit dieser Gruppe arbeitet eine weitere eng zusammen, die von den meisten Beobachtern bis heute als Teil der kulturrevolutionären Linken verstanden wird, in der Tat jedoch von ihr zu unterscheiden ist:

4. die *Geheimpolizei-Linke*, deren Einfluß seit dem Sturz Lin Piaos, vor allem aber seit Anfang 1973 bemerkenswert zugenommen hat. Ihre maßgeblichen Vertreter, allen voran der neue Premierminister Hua Kuo-fêng und der zweite Vizevorsitzende des ZK, Wang Hung-wên, waren vor der Kulturrevolution meist in untergeordneten oder mittleren Positionen des Sicherheits- und des zivilen Parteiapparats tätig und übernahmen seither die Kontrolle über die Sicherheitsorgane. Dieser

Gruppe sind 18 oder 19 Vollmitglieder des ZK zuzurechnen.

5. Die Vertreter der *Streitkräfte* in der Führungsgruppe, zu denen etwa 70 Vollmitglieder des ZK gehören, die jedoch seit dem Tode Lin Piaos keine anerkannte Führerpersönlichkeit hervorgebracht haben und sich in den Auseinandersetzungen der letzten Zeit außerordentliche Zurückhaltung auferlegten. Von dieser Gruppe, die im politischen Entscheidungsvorgang eine Schlüsselstellung einnehmen würde, wenn es ihr gelingen sollte, zu einem geschlossenen Auftreten zurückzufinden, beginnt sich ein weiterer Kreis abzuheben, nämlich

6. die Gruppe der *rehabilitierten Militärs*, die während der Kulturrevolution ‚gesäubert‘ worden waren und seit 1974 in den zentralen Organen der Volksbefreiungsarmee (VBA) eine starke Stellung gewannen, vor allem in der Führung der technisierten Truppenteile sowie im Bereich der Entwicklung von Nuklear- und Raketenwaffen¹¹⁾.

Während die Gruppen der im Amt verbliebenen und der rehabilitierten Kader gemeinsam mit den beiden Gruppierungen der Linken im Dezember 1973 eine Beschränkung der Machtbefugnisse regionaler Militärkommandanten durchsetzten, bewirkten Militärs und Kader gemeinsam und gegen den Widerstand der kulturrevolutionären Linken den *De-facto*-Abbruch der „Bewegung zur Kritik an Lin Piao und Konfuzius“ im Juli und August 1974. Diese Kampagne hatte als ein Versuch begonnen, Doktrin und Ergebnisse der Kulturrevolution vor einer unter der Führung Chou En-lais unternommenen Rückkehr zu Maßnahmen zu schützen, die auf die Senkung des Kollektivierungsniveaus in der Landwirtschaft und auf eine deutliche Herabsetzung der Führungsansprüche an die Bevölkerung hinausliefen¹²⁾.

Doch die Politik Chou En-lais setzte sich auf der 1. Sitzung des IV. Nationalen Volkskongresses wie schon auf dem ihr vorangegangenen 2. Plenum des X. ZK vom 8. bis 10. Januar 1975 durch. Teng, der in Abwesenheit des Premiers dessen Neuen Kurs in der Innenpolitik mit Nachdruck vertrat, wurde anstelle des mit der kulturrevolutionären Linken zusammenarbeitenden Generals Li Tê-

¹¹⁾ Ebenda, S. 252 ff. Die sechste Gruppe der rehabilitierten Militärs wurde erst im Laufe des zweiten Halbjahres 1975 deutlicher erkennbar.

¹²⁾ Vgl. hierzu: Jürgen Domes, *New Course in Chinese Domestic Politics: The Anatomy of Readjustment*, in: *Asian Survey*, Berkeley, Bd. XIII, Nr. 7, Juli 1973, p. 633—646.

sheng Fünfter Vizevorsitzender des ZK, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und Erster Vizepremier des Staatsrates — also des Kabinetts —, unter dessen 39 Mitgliedern sich 15 befanden, die in der Kulturrevolution entweder ‚gesäubert‘ oder zumindest angegriffen worden waren. Kurz nach der Sitzung des Volkskongresses meldeten westliche Nachrichtenagenturen, daß Teng auch das Amt des Generalstabschefs der VBA übernommen habe¹³⁾ und daß der damalige Zweite Vizepremier Chang Ch'un-ch'iao zum Leiter der Allgemeinen Politischen Abteilung der Streitkräfte ernannt worden sei. Während jedoch Changs Ernennung im Oktober 1975 offiziell bestätigt wurde¹⁴⁾, haben die chinesischen Medien Tengs Berufung zum Generalstabschef nie bekanntgegeben, so daß bezweifelt werden muß, ob sie wirklich vollzogen wurde.

In seinen Sachentscheidungen bestätigte der Volkskongreß die Grundzüge der Gesellschafts- und Entwicklungspolitik Chous und Tengs. „Im Rahmen der Erfordernisse der Kollektivwirtschaft“ garantierte die neue Verfassung den Bauern in den ländlichen Volkskommunen kleine Privatgrundstücke und privaten Nebenerwerb. Die kleinste landwirtschaftliche Produktionseinheit, die Produktionsgruppe mit etwa 15 Familien, wurde zur „Basis“ des ländlichen Eigentumsystems und zur „grundlegenden Rechnungseinheit“ erklärt¹⁵⁾. Der von Liu Shao-ch'i 1960 proklamierte Vorrang der Entwicklung der Landwirtschaft fand Eingang in den Verfassungstext¹⁶⁾. Vor allem aber billigten ZK-Plenum und Volkskongreß Chou En-lais Forderung, China müsse sich bis zum Ende dieses Jahrhunderts der „umfassenden Modernisierung von Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung sowie Wissenschaft und Technik“ verschreiben¹⁷⁾. Dieses Programm, später in dem Schlagwort „Vier Modernisierungen“ (*Ssu-kê hsien-tai-hua*) zusammengefaßt, kann als Kernstück der Politik Chous und Tengs angesehen werden.

Mao Tse-tung jedoch demonstrierte unmißverständlich, daß er mit den Ergebnissen des 2. Plenums und des Volkskongresses nicht

¹³⁾ Reuter, Peking 27. 1. 1975.

¹⁴⁾ NCNA, Peking, 9. 10. 1975.

¹⁵⁾ Verfassung der VR China vom 17. Januar 1975, Art. 7.

¹⁶⁾ Ebenda, Art. 10.

¹⁷⁾ Chou En-lai, Bericht über die Arbeit der Regierung, in: Chung-hua jen-min kung-hê-kuo ti-ssu-chieh ch'üan-kuo jen min tai-piao ta-hui ti-i-tz'u hui-i wên-chien (Dokumente der 1. Sitzung des IV. Nationalen Volkskongresses der VR China), Peking 1975, S. 35.

einverstanden war. Er blieb nicht nur diesen beiden Sitzungen fern, sondern versagte ihnen offenbar auch ein Grußwort¹⁸⁾.

Am letzten Tag der Sitzung des Volkskongresses empfing er in Hangchou/Chekiang seinen deutschen Besucher Franz Josef Strauß. Am 9. Februar erschien in der „Volkszeitung“ eine neue Direktive (Chih-shih) des Parteiführers, in der dieser darauf hinwies, daß Geldverkehr und das Lohnstufen-System in der Industrie „kapitalistische Charakteristika“ seien, die in der sozialistischen Gesellschaft weiterbeständen. Insofern unterscheide sich die sozialistische nur wenig von der „alten Gesellschaft“. Es gelte deshalb jetzt, die „kapitalistischen Rechte“ schrittweise „einzuschränken“¹⁹⁾. Deutlicher konnte Maos Kampfansage gegen die Beschlüsse des 2. Plenums und des Volkskongresses kaum ausfallen. Sie wurde im März und April von den führenden Politikern der kulturevolutionären Linken, Yao Wên-yüan und Chang Ch'un-ch'iao, in zwei Artikeln in der theoretischen Monatschrift der Partei, „Hung ch'i“ (Rote Fahne; HC) eingehend erläutert. Yao stellte fest, daß „politische Schwindler wie Lin Piao“ und „bourgeoise und Grundbesitzer-Elemente in der Gesellschaft ... in Wahrheit den jungen Arbeitern ‚Anreize‘ geben, um sie dazu zu verführen, den kapitalistischen Weg zu gehen ... Deshalb können sie als politische Verführer bezeichnet werden. Unerfahrene neue bourgeoise Elemente brechen offen das Gesetz, während schlaue alte bourgeoise Elemente sie aus dem Hintergrund dirigieren — dies ist alltäglich im Klassenkampf in der heutigen Gesellschaft.“²⁰⁾

Chang wurde in seinen Warnungen vor einer grundlegenden Revision der Politik Maos noch drängender: „Wir müssen uns ganz nüchtern darüber klar sein, daß China immer noch in der Gefahr steht, revisionistisch zu werden. Das ist nicht nur deshalb der Fall, weil Imperialismus und Sozialimperialismus immer wieder Aggression und Subversion gegen uns planen und weil die alten Grundbesitzer und Kapitalisten, mit ihrer Niederlage unversöhnt, noch da sind, sondern auch, weil eine neue Bourgeoisie, wie Lenin sagte, ‚täglich und stündlich geboren wird.‘“²¹⁾

¹⁸⁾ JMJP, 9. und 22. 2. 1975.

¹⁹⁾ Die Kommuniqués berichten nicht, daß Mao ein Grußwort gesandt habe.

²⁰⁾ Yao Wên-yüan, Über die gesellschaftliche Basis der Lin-Piao-Clique, in: Hung ch'i (Rote Fahne, HC), Nr. 3/1975.

²¹⁾ Chang Ch'un-ch'iao, Über die Ausübung umfassender Diktatur über die Bourgeoisie, in: HC, Nr. 4/1975.

Während die kulturevolutionäre Linke auf diese Weise in den Medien ihre Mißstimmung über die von Teng vertretene Politik Chous zum Ausdruck brachte, blieb die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Praxis jedoch unverändert durch den Neuen Kurs bestimmt. So vertiefte sich zunehmend die Kluft zwischen dem revolutionären Anspruch, der in den Medien erhoben wurde, und dem Alltag in den Dörfern und Städten Chinas.

Hinzu kam, daß seit Anfang 1975 zahlreiche Kader und Militärs, die in der Kulturrevolution als Gegner Maos ‚gesäubert‘ worden waren, rehabilitiert wurden und erneut führende Positionen übernahmen²²⁾. Von noch größerer Bedeutung erwies sich, daß Teng, um seine Politik ideologisch zu rechtfertigen, drei aus verschiedenen Zeiten und aus unterschiedlichen Zusammenhängen stammende Aussprüche Maos als „Bindeglied“ oder auch als „Grundprinzip“ (Kang) „aller Arbeit in der ganzen Partei und im ganzen Lande“ bezeichnete²³⁾. Auf dem Empfang am Vorabend des Nationalfeiertages, am 30. September 1975, zitierte er diese Sätze als „Direktiven“ (*Chih-shih*) des Vorsitzenden: „Studiert die Theorie der Proletarischen Diktatur, widersteht dem Revisionismus und verteidigt Euch gegen den Revisionismus! Haltet Ruhe und Ordnung und seid einig! Laßt die nationale Wirtschaft vorankommen!“²⁴⁾

Am nächsten Tage bezeichnete ein Bericht in der „Volkszeitung“ über die Feiern zum 20. Jahrestag der Gründung der Autonomen Region Sinkiang diese drei Sätze als „Drei Direktiven *San hsiang chih-shih*“²⁵⁾; einen Monat später wurden diese drei Sätze ausgerechnet von der von Chang Ch’un-ch’iao geleiteten Allgemeinen Politischen Abteilung der VBA in einem Rundschreiben zum erstenmal öffentlich zum „Bindeglied“ (Kang) erklärt²⁶⁾.

²²⁾ Die folgenden Daten stützen sich vor allem auf die Zusammenstellung von: Li Ming-hua, *The Chinese Communist Leadership Reorganisation*, in: *Issues & Studies*, T’aipei, Bd. XII, Nr. 3, März 1976, S. 37—56. Dort finden sich ausführliche Quellenangaben für die einzelnen Ernennungen, meist aus NCNA.

²³⁾ Ch’eng Yüeh, *Ein allgemeines Programm für die Restauration des Kapitalismus: Über die „Grundlinie aller Arbeit in der ganzen Partei und im ganzen Land“*, in: HC, Nr. 4/1976 (NCNA, Peking, 5. 4. 1976). Der Pseudonym-Autor setzt sich hier mit einem unveröffentlichten Artikel Tengs auseinander, der offenbar im Frühherbst 1975 in der Partei zirkulierte.

²⁴⁾ JMJP, 1. 10. 1975.

²⁵⁾ Ebenda.

²⁶⁾ JMJP, 2. 11. 1975.

Es bedurfte schon einiger Kenntnis der chinesisch-kommunistischen Scholastik, um den Konfliktherd identifizieren zu können. Mao selbst — oder jene Gruppe, die heute seine Aussprüche produziert — ließ ihn deutlich werden, als im Februar 1976 der Angriff auf Teng voll einsetzte. Gegen die einzelnen Teile dieser „Drei Direktiven“ gab es wenig einzuwenden. Aber Mao stellte klar: „Was soll denn das heißen: Drei Direktiven als Bindeglied (Kang)? ... Der Klassenkampf ist das Bindeglied, alles andere hängt von ihm ab! (Mu)“²⁷⁾

Damit war die Alternative formuliert, welche den Konflikt innerhalb der Partei seit dem Sommer 1975 bestimmte: Sollten Studium — wenn auch das Studium der Theorie der Proletarischen Diktatur! —, Ruhe und Ordnung sowie Einigkeit und wirtschaftliche Entwicklung oder sollte der Klassenkampf bestimmendes Prinzip der Politik sein?

Teng hatte sich für das Programm der „Vier Modernisierungen“ Chou En-lais, für die materielle Entwicklung und gegen den Klassenkampf entschieden.

Vom Juli bis September 1975 begann er, wie wir heute wissen, dieses Programm auch in die bis dahin von der kulturevolutionären Linken kontrollierten Bereiche von Kultur und Erziehung hineinzutragen. Wandzeitungen in Peking zitierten Ende März 1976 einige seiner Bemerkungen, mit denen er einer größeren künstlerischen Vielfalt sowie einer stärkeren Betonung sachlicher Erziehungsinhalte gegenüber politischer Indoktrinierung das Wort redete:

„Früher sprachen wir von Hundert Blumen, die blühen müßten (*Pai hua ch’i fang*), heute ist es eine Blume, die alleine blüht (*I hua tu fang*)!“²⁸⁾

„Die größte Gefahr heute ist, daß nicht studiert wird, daß es keine wirkliche Erziehung gibt!“

„Die Erziehungsbehörden sollten wirklich viel mehr betonen, daß wissenschaftliche Forschung der bedeutendste Aspekt der Vier Modernisierungen ist!“²⁹⁾

Teng fand bei seinen Bemühungen die Unterstützung des Erziehungsministers Chou Jung-hsin, eines rehabilitierten Kadern, der im Herbst 1975 mehrmals darauf hinwies, daß

²⁷⁾ U. a.: JMJP, 14. 2. 1976.

²⁸⁾ Gemeint ist hier der von Chiang Ch’ing geförderte Stil der „revolutionären Romantik“.

²⁹⁾ Alle Zitate aus: *Yomiuri Shinbun*, Tokio, 7. 4. 1976.

fachliches Wissen in der Erziehung wieder stärker in den Vordergrund treten müsse. Damit aber war der Angriff auf die vorwiegend an revolutionärer Politik orientierten Errungenschaften der Kulturrevolution eröffnet.

Heute wird dieser Angriff in der VR China als „Rechter Sturm des Rückgängigmachens von (kulturrevolutionären, d. Verf.) Entscheidungen“ (Yu-ch'ing fan-an-fêng) bezeichnet. Er fand besonders prononcierten Ausdruck, als der Vizevorsitzende des Revolutionskomitees der Nationalen Ch'inghua-Universität, Liu Ping, Anfang Oktober 1975 in einem Brief an das ZK die Erziehungspolitik Maos und seiner engsten Mitarbeiter — wie es heute heißt, „im Namen einer Minderheit an dieser Universität“ — scharfer Kritik unterzog und dabei den Parteiführer persönlich angriff³⁰⁾.

Die kulturrevolutionäre Linke und wahrscheinlich auch Mao selbst setzten sofort zum Gegenangriff an. Eine enge Mitarbeiterin Chiang Ch'ings, Hsieh Cheng-yi (Mitglied des ZK), begann, in der Ch'inghua-Universität Studenten gegen Liu Ping und Chou Jung-hsin zu mobilisieren. Am 3. November erschienen dort die ersten Wandzeitungen mit Angriffen auf den Erziehungsminister und auf all jene, die sich in irgendeiner Form für Revisionen in der Erziehungspolitik eingesetzt hatten³¹⁾, und seit Mitte Dezember riefen die von der Linken kontrollierten zentralen Medien immer lauter zur Kritik an den Gegnern der kulturrevolutionären Politik auf.

Damit war die Szene für den neuen innerparteilichen Konflikt gestellt. Kulturrevolutionäre und Geheimpolizei-Linke bildeten eine Fraktion, die seit Mitte Januar 1976 die Initiative im Kampf gegen Teng Hsiao-p'ing und jene rehabilitierten Kader ergriff, die ihn unterstützten. Die Vertreter der Streitkräfte bewahrten zunächst eine neutrale Haltung.

Die programmatische Alternative der konfligierenden Fraktionen offenbarte sich vor allem in folgenden vier Bereichen:

— im Bereich der grundlegenden Entwicklungsstrategie, in dem Mao Tse-tungs Konzept der Massenmobilisierung und des revolutionären Enthusiasmus mit den Prinzipien des individuellen Anreizes, der Konzessionen an die Eigeninitiative der Bauern und der Anwendung herkömmlicher volkswirtschaftlicher Kriterien beim Aufbau des Landes konfrontiert wurde;

³⁰⁾ JMJP, 18. 4. 1976. Der Name Liu Pings wird hier nicht genannt, sondern erschien nur auf Wandzeitungen in Peking.

³¹⁾ JMJP, 3. 3. 1976.

— im Bereich des Erziehungswesens, in dem die Forderung nach dem Vorrang der politischen Indoktrinierung der Forderung nach dem Vorrang der fachlichen Ausbildung gegenüberstand;

— im Bereich der Literatur, der bildenden Kunst und Musik, in dem sich ein einheitlicher Stil der sogenannten revolutionären Romantik gegen den Ruf nach größerer Vielfalt der Stilrichtungen zu behaupten hatte;

— im Bereich von Wissenschaft und Technik, in dem es um die politische Priorität von Revolutionierung oder Modernisierung Chinas ging.

Die massive Kritik an Teng als „jenem unverbesserlichen kapitalistischen Machthaber in der Partei“, die Mitte Februar dieses Jahres in den zentralen Medien voll einsetzte und am 10. März in einem ungezeichneten Leitartikel der „Volkszeitung“ die Billigung der Parteizentrale fand, traf in den Provinzen des Landes nur auf gedämpfte Zustimmung. Nur sechs von 29 Verwaltungseinheiten beriefen bis Anfang April besondere Konferenzen zur Kritik an Teng ein, in drei weiteren nahm der Erste Sekretär, in vier weiteren wenigstens ein Sekretär die Kampagne auf. Acht Provinzen überließen die Kampagne zunächst den Massenorganisationen und ebenso viele Verwaltungseinheiten reagierten überhaupt nicht auf sie³²⁾. So war es der Linken gelungen, Teng in der Zentrale weitgehend zu isolieren. Im Propagandaapparat, den Sicherheitsorganen, den Massenorganisationen sowie den Führungen der städtischen Arbeitermilizen von Shanghai und Peking stand ihm eine machtvolle Koalition gegenüber. In den Provinzen aber schien seine Stellung weiterhin stark zu sein.

Die Pekinger Aprilkrise ist von der jetzigen Parteiführung zweifellos zutreffend mit dem Hinweis analysiert worden, daß das Problem des Konflikts nicht so sehr die Existenz von „Machthabern in der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen“, sei, sondern vielmehr deren Zusammenwirken mit „neuen und alten Kapitalisten“, mit „gegenrevolutionären Gelehrten“ und mit „Dämonen und Schlangengeistern in der Gesellschaft“³³⁾. In der Tat, im Gegensatz zur Kulturrevolution, in der die Fraktion um Mao und Lin Piao zunächst die Initiative zur Mobilisierung städtischer Massen ergriff, die dann allerdings ihrer Kontrolle entglitt, im Gegensatz aber vor allem zur Lin Piao-Krise, die sich unter völligem Aus-

³²⁾ Daten nach: China News Analysis, Hongkong, Nr. 1035 vom 2. 4. 1976.

³³⁾ JMJP, 18. 4. 1976, S. 110—148.

schluß der chinesischen Öffentlichkeit vollzog, griffen jetzt die von Mao so oft beschworenen „Massen“ spontan — und dabei nicht auf der Seite des Vorsitzenden! — in die Auseinandersetzungen zwischen den Eliten ein.

Anzeichen für einen solchen Eingriff hatte es schon früher gegeben. Im November 1974 schrieben drei ehemalige Rotgardisten unter dem Pseudonym „Li I-chê“ in Kanton eine Wandzeitung, in der die Rückkehr zur „sozialistischen Gesetzlichkeit“ und die Gewährung von Meinungsfreiheit gefordert wurden ³⁴).

Im Sommer 1975 kam es zu einer Streikbewegung der Industriearbeiterschaft in Hangchou, Wuhan, Wuhsi und Kanton, gegen die vor allem in Hangchou Truppen eingesetzt werden mußten ³⁵).

In den Dörfern breiteten sich im Laufe des vergangenen Jahres — wie Radio Peking berichtete — „der Einfluß kleiner Privatproduktion, Korruption und Spekulantentum“ aus, die Anzeichen dafür sein sollten, „wie scharf und kompliziert der Klassenkampf“ sei ³⁶).

Der traditionelle chinesische Totengedenktag, das „Fest, an dem man die Gräber fegt“ oder auch das „Fest des klaren Glanzes“ (Ch'ing-ming), wird seit der Einführung des gregorianischen Kalenders regelmäßig am 4. April begangen. An diesem Tage besuchen die Chinesen in der VR China ebenso wie in T'aiwan und Hongkong bis heute die Gräber ihrer Verwandten und Freunde, um dort Kränze, Blumen, Schriftrollen und gelegentlich auch Speisen niederzulegen. Während sich im Laufe des März 1976 die Angriffe auf Teng Hsiao-p'ing — weiterhin ohne Nennung seines Namens — in den zentralen Medien verschärften, wurden in Peking „politische Gerüchte“ verbreitet, „... mit denen die Parteizentrale unter der Leitung des Vorsitzenden Mao angegriffen und gespalten werden sollte“.

Ende März und Anfang April wurde die Parole in Umlauf gebracht, daß es „um das Ch'ing-ming-Fest herum sicher sehr fröhlich zuge-

Ende April gelangte der Text einer Wandzeitung des Fachbereichs Mathematik und Angewandte Physik der Wuhan-Universität vom 13. März 1976 ins Ausland, auf der Chiang Ch'ing in außerordentlich scharfer Form angegriffen und als „Sproß einer heruntergekommenen Gutsbesitzerfamilie“ sowie als „Oberklassen-Prostituierte“ bezeichnet wurde ³⁷).

Die „Volkszeitung“ teilte am 18. April mit, die „Klassenfeinde“ hätten „schon im Juli, August und September vergangenen Jahres konterrevolutionäre Gerüchte verbreitet und sehr harte konterrevolutionäre Erklärungen abgegeben“. Anfang 1976 hätten sie sich dann „von allen vier Himmelsrichtungen vereinigt und geheime Pläne geschmiedet, Briefe an die Parteizentrale zu schreiben...“, weil sie wollten, daß Teng Hsiao-p'ing Premierminister werde“ ³⁸).

Doch all dies blieb vereinzelt Wetterleuchten, bis die Bevölkerung Anfang April in der Hauptstadt der VR China zur direkten Aktion schritt.

II.

hen“ werde ³⁹). Eine japanische Zeitung berichtete später, Einwohner der Hauptstadt hätten bereits am 29. März begonnen, zum Andenken des verstorbenen Premiers Chou En-lai vor dem „Ehrenmal der Helden der Revolution“ an der Südseite des Platzes am „Tor des himmlischen Friedens“ (T'ienanmèn) im Zentrum Pekings Kränze niederzulegen ⁴⁰). Texte der Schleifen an den Kränzen, die vor allem die Parole der „Vier Modernisierungen“ aufnahmen und dazu aufforderten, Chous Politik „ernsthaft fortzusetzen“, zeigten, daß die so kundgetane Verehrung für den verstorbenen Premier als Demonstration gegen die Politik Maos und der Parteilinken gedacht war.

Am Sonnabend, dem 3. April, nahm die Zahl der Besucher des Ehrenmals ständig zu, ebenso die Zahl der niedergelegten Kränze und der Gedenktafeln mit Bildern Chous ⁴¹). Schon an diesem Tage kam es zu ersten handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen den Besuchern und Arbeitermilizen, die das

³⁴) Englische Übersetzung der Wandzeitung von Li I-chê in: Issues & Studies, Bd. XII, Nr. 1, Januar 1976, S. 110—148.

³⁵) Volksradio Chekiang, 21. und 26. 7. 1975, jeweils 18.30 Uhr.

³⁶) Kommentar von Chi Yen, Warum verbreitete Teng Hsiao-p'ing die Theorie von der Abschwächung des Klassenkampfes, gesendet von ZVR Peking, 20. 4. 1976, 18 Uhr.

³⁷) Chung-yang jih-pao (Zentralzeitung), T'aipei, 1. 5. 1976.

³⁸) JMJP, 18. 4. 1976.

³⁹) Generalkommando der Arbeitermiliz der Hauptstadt, Kämpft für die Stärkung der Diktatur des Proletariats!, in: JMJP, 27. 4. 1976, und: HC, Nr. 5/1976.

⁴⁰) Yomiuri Shimbun, 16. 4. 1976.

Niederlegen von Kränzen unterbinden wollten. Dabei wurde am frühen Abend die Milizionärin Yang Ming-t'ao schwer verletzt⁴²⁾. Am Ch'ing-ming-Fest selbst füllte sich der T'ienanmên-Platz mit noch mehr Menschen, und das Ehrenmal war bald nahezu von Kränzen und Gedenktafeln bedeckt⁴³⁾. Im Laufe des Tages begann „eine kleine Handvoll von Klassenfeinden“ — wie es später hieß — „offen konterrevolutionäre Reden zu halten, konterrevolutionäre Gedichte und Schlagworte zu plakatieren und entsprechende Flugblätter zu verteilen sowie Transparente zu entfalten, auf denen Teng Hsiao-p'ing unterstützt wurde“⁴⁴⁾. Am Nachmittag näherte sich eine Gruppe Jugendlicher dem Soldaten Yang Shang-ch'un, der die am 1. Oktober 1949 von Mao selbst aufgezugene erste Fahne der VR China bewachte, und forderte ihn auf, diese Fahne auf Halbmast zu senken — wahrscheinlich zu Ehren Chou En-lais. Doch dies ist die einzige Fahne in der VR China, die nie auf Halbmast gesetzt wird. Der Soldat weigerte sich; die Jugendlichen zogen ab; die Wache an der Fahne wurde verstärkt. Am frühen Abend kehrte die Gruppe zurück und versuchte, die Fahne herunterzuziehen; dies wurde jedoch von der Wache im Handgemenge mit den Jugendlichen verhindert⁴⁵⁾.

Nach Einbruch der Dunkelheit erschienen Arbeitermilizen, Volkspolizisten und Soldaten des Pekinger Garnisonkommandos auf dem Platz und räumten während der Nacht alle Kränze, Transparente, Plakate und Gedenktafeln am Ehrenmal ab⁴⁶⁾.

Gegen 7 Uhr morgens am Montag, dem 5. April, kamen erneut zunächst ältere Frauen und dann Gruppen von Jugendlichen mit Kränzen und Gedenktafeln zum Ehrenmal und stellten fest, daß die in den letzten Tagen dort niedergelegten Zeichen der Verehrung entfernt worden waren⁴⁷⁾.

41) JMJP, 8. 4. 1976, und: Generalkommando ... loc. cit.

42) JMJP, 9. 4. 1976, und: ZVR Peking, 17. 4. 1976, 10 Uhr.

43) Vgl. ein Foto des Denkmals vom 4. April in: Time, New York, 26. 4. 1976, S. 13.

44) JMJP, 9. 4. 1976, und: ZVR Peking, 16. 4. 1976, 11.30 Uhr.

45) Ebenda.

46) Ming-pao, 6. 4. 1976.

47) Die Darstellung der Ereignisse des 5. April 1976 in Peking beruhen — soweit nicht anders angezeigt — auf den nachstehend aufgeführten Quellen, die im folgenden nicht mehr besonders zitiert werden: JMJP Arbeiter-Bauern-Soldaten-Korrespondenten und Reporter, „Der konterrevolutionäre politische Zwischenfall auf dem T'ienanmên-Platz, ZVR Peking, 7. 4. 1976, 20 Uhr, und: JMJP, 8. 4. 1976; „Ein großer Sieg“, JMJP-Leitartikel, 10. 4. 1976; NCNA, Peking, 10., 11. und 12. 4. 1976; ZVR Peking, 16. 4.

Diese Nachricht muß sich wie ein Lauffeuer in Peking verbreitet haben; denn in kurzer Zeit strömten Tausende von Einwohnern der Hauptstadt auf den T'ienanmên-Platz. Um 8 Uhr kam es zu ersten Zusammenstößen mit Polizisten und Soldaten; ein Lautsprecherwagen der Garnison wurde angezündet und zerstört.

Kurz nach 9 Uhr hatten sich bereits über 10 000 Menschen auf dem Platz eingefunden, die jetzt versuchten, in das Gebäude des Nationalen Volkskongresses einzudringen. In heftigem Handgemenge, das sich über mehr als eine Stunde hinzog, wurden sie daran durch zwei Kompanien der Pekinger Garnison gehindert. Als Volkspolizisten und Sicherheitstruppen in größerer Zahl auf dem Platz eintrafen, begrüßte sie die Menge mit dem Ruf: „Schlagt sie tot! Schlagt sie tot!“

Gegen Mittag hatte die Zahl der Demonstranten etwa Hunderttausend erreicht. Im Laufe der zweiten Tageshälfte wurden vier Fahrzeuge der Polizei und der Garnison von der Menge umgestürzt und in Brand gesteckt, die Feuerwehr an ihrem Einsatz behindert. Am frühen Nachmittag hielten an verschiedenen Stellen des Platzes Jugendliche und Intellektuelle Ansprachen an die Menge, die zu dieser Zeit den Platz offenbar völlig besetzt hielt. Flugblätter und Transparente tauchten auf, die vor allem scharfe Angriffe auf Mao und Chiang Ch'ing enthielten. Einige Beispiele seien hier für viele zitiert:

— „Nieder mit der Kaiserin-Witwe“ (Ta-tao Hsi-t'ai-hou!)⁴⁸⁾

— „Die Zeiten Ch'in Shih-huang's sind vorbei!“⁴⁹⁾

— „China ist nicht mehr das alte China — Ch'in Shih-huang's Feudalsystem kann nicht wieder errichtet werden!“

— „Die jetzige Anti-Rechts-Kampagne ist die Kampagne einer kleinen Handvoll von Ehr-

1976, 11.30 Uhr; „Was lehrt uns der Zwischenfall auf dem T'ienanmên-Platz?“, JMJP-Leitartikel, 18. 4. 1976; „Chi Yen“, loc. cit.; NCNA Peking, 23. 4. 1976; „Ch'ih Hêng“, „Ein großer Sieg der Diktatur des Proletariats“, in: JMJP, 25. 4. 1976; und: HC, Nr. 5/1976; und: Generalkommando ... loc. cit.

48) Gemeint ist die Kaiserin-Witwe Tz'u Hsi, die von etwa 1865 bis zu ihrem Tode 1908 den maßgeblichen Einfluß auf die chinesische Politik ausübte — eine deutliche Anspielung auf Chiang Ch'ing.

49) Ch'in Shih-huang, der erste Kaiser der Ch'in-Dynastie (221—207 v. Chr.), gilt als besonders grausamer Tyrann. In der Propaganda von Widerstandsgruppen in China wird Mao Tse-tung oft mit ihm verglichen. Diese Parole richtete sich also unmittelbar gegen den Parteiführer und wurde von den chinesischen Medien auch so interpretiert.

geizlingen zum Rückgängigmachen von Entscheidungen!“

— „Wir wollen wirklichen Marxismus-Leninismus, nicht falschen Marxismus-Leninismus!“

— „Ein Hoch den Vier Modernisierungen!“

— „Teng Hsiao-p'ing soll die Arbeit der Parteizentrale leiten!“

— „Dies ist die Kraft der Massen!“

Als ab 14 Uhr der Platz von Arbeitermilizen, Polizisten und Soldaten der Garnison umstellt und die Zahl der Sicherheitskräfte verstärkt wurde, nahmen die Auseinandersetzungen an Heftigkeit zu. Polizei, Milizen und Militär wurden von der Menge mit den Rufen empfangen: „Wir fürchten weder zerschlagene Köpfe noch Blutvergießen! Wer will mit uns fertig werden? Schickt doch ein Regiment, schickt ein Armeekorps — das hilft Euch alles nicht!“

Die Sicherheitskräfte, die mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vorgingen, wurden in vielen Fällen umringt, man riß ihnen die Uniformen vom Leib und schlug sie nieder.

Gegen 17 Uhr griff eine größere Gruppe meist jugendlicher Demonstranten die dreistöckige Kaserne des Wachbataillons in der Südost-Ecke des Platzes an. Nach heftigem Handgemenge wurde das Gebäude von Demonstranten besetzt und in Brand gesteckt, nachdem geheime Dokumente entwendet worden waren.

Vor dem Gebäude verbrannten Demonstranten Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao.

Erst jetzt entschlossen sich die Pekinger Führer endgültig, die Unruhen gewaltsam zu unterdrücken.

Gegen 18 Uhr waren über 20 000 Polizisten und Soldaten⁵⁰⁾ sowie — wie es später hieß — „mehrere Zehntausende“ von Arbeitermilizen⁵¹⁾ im Einsatz, insgesamt also mindestens 50 000 Mann Sicherheitskräfte. Die Leitung der Aktion lag in den Händen der Vizekommandeure der Pekinger Miliz, Ma Hsiao-liu und Chang Shih-tung, beide Kandidaten des ZK der KCT. Um 18 Uhr griff auch der Parteiführer der Stadt Peking, Wu Tè (Mitglied des Politbüros), in das Geschehen ein. Vom T'ienanmèn aus hielt er die folgende Ansprache an die Menge:

„Genossen!

In den letzten Tagen, gerade als wir die bedeutungsvollen Direktiven des großen Führers, des Vorsitzenden Mao, studierten, die Gegenoffensive gegen den rechten Sturm des Rückgängigmachens von Entscheidungen antraten, die Revolution ergriffen und die Produktion förderten, da mißbrauchte eine Minderheit von üblen Leuten das Ch'ing-ming-Fest. Sie erfinden bewußt politische Gerüchte, sie richten die Speerspitze des Kampfes gegen den Vorsitzenden Mao, gegen die Parteizentrale. Sie verdrehen planvoll die allgemeine Richtung der Kritik an der revisionistischen Linie des unverbesserlichen kapitalistischen Machthabers in der Partei, Teng Hsiao-p'ing, und der Gegenoffensive gegen den rechten Sturm des Rückgängigmachens von Entscheidungen. — Wir müssen klar den konterrevolutionären Charakter dieses politischen Zwischenfalls erkennen, ihre Verschwörungspläne zerschlagen, die revolutionäre Wachsamkeit erhöhen. Ihr dürft Euch nicht an dem Zwischenfall beteiligen! — Revolutionäre Massen und revolutionäre Kader der ganzen Stadt! Erhebt Euch und schreitet zur Tat, mit dem Klassenkampf als Bindeglied (*kang*). Schützt mit klaren Taten den Vorsitzenden Mao, schützt die Parteizentrale, schützt die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao, schützt die große Hauptstadt unseres sozialistischen Vaterlandes! Ergreift die Gegenoffensive gegen konterrevolutionäre Sabotage, vereinigt Euch und stärkt weiter die Diktatur des Proletariats, auf daß sich eine rundum gute Situation entwickle! Laßt uns — vereint um die Parteizentrale unter der Führung des Vorsitzenden Mao — noch größere Siege erringen! — Heute haben üble Leute auf dem T'ienanmèn-Platz Sabotage und Unruhen angestiftet, sie haben konterrevolutionäre Sabotageakte verübt. Revolutionäre Massen, verlaßt sofort den Platz, laßt Euch von ihnen nicht verführen!“⁵²⁾

Ogleich über weite Strecken in der Terminologie der derzeit in China gängigen Rhetorik gehalten, verrät der Text dieser Ansprache doch die Sorge der Parteiführung über die Unruhen, ja, den Schock, den sie offenbar ausgelöst haben.

Erst nachdem die jetzt in großen Massen eingesetzten Sicherheitskräfte mehrere Hundert Demonstranten verhaftet hatten, konnten sie schließlich am späten Abend den Platz wieder völlig unter ihre Kontrolle bringen. Arbeitermiliz, Polizei und Militär hatten insgesamt über hundert Verwundete, von denen 17 schwer verletzt waren⁵³⁾. Über die Verluste

⁵⁰⁾ ZVR Peking, 14. 4. 1976, 10 Uhr.

⁵¹⁾ Generalkommando ..., loc. cit. Der Begriff „mehrere Zehntausende“ (*chi wan*) bedeutet im Chinesischen auf jeden Fall mehr als 30 000.

⁵²⁾ JMJP, 8. 4. 1976.

⁵³⁾ ZVR Peking, 9. 4. 1976, 6.30 Uhr.

der Demonstranten gaben die chinesischen Medien keine Auskünfte ⁵⁴).

Die Unruhen blieben nicht allein auf die Hauptstadt beschränkt. Der Erste Sekretär des Provinzkomitees der KCT von Honan, Liu Chien-hsün, teilte auf einer Versammlung am 10. April mit, daß am Ch'ing-ming-Fest in Honan „konterrevolutionäre Sabotage von der gleichen Art wie der Zwischenfall auf dem T'ienanmên-Platz verübt“ worden sei, dabei habe in Chengchou ein Angestellter des Telegrafenamtes den Tod gefunden ⁵⁵). Auch aus Amoy wurden — allerdings nicht näher bezeichnete — „konterrevolutionäre Zwischenfälle wie auf dem T'ienanmên-Platz“ gemeldet ⁵⁶).

Am 3. Mai gab der Sekretär des Provinzkomitees der KCT von Kiangsi, Pai Tung-ts'ai, bekannt, daß in Nanch'ang ebenfalls „konterrevolutionäre Sabotageakte in großem Umfang verübt“ worden seien ⁵⁷).

Berichte aus Hongkong, daß es außerdem in Nanking und Wuhsi ⁵⁸) zu Demonstrationen und Zusammenstößen gekommen sei, und Meldungen aus T'aiwan über derartige Ereignisse in Shanghai und Lanchou ⁵⁹) sind bisher von den Medien der VR China ebensowenig bestätigt worden wie die Nachricht eines chinesischen Besuchers der VR China aus Hongkong, daß am 7. April bei Straßenkämpfen in K'ai-fêng/Honan über dreißig Tote und mehr als zweihundert Verletzte zu verzeichnen gewesen seien ⁶⁰).

Diesen Informationen gegenüber ist also Zurückhaltung geboten.

Die Unruhen im Zentrum Pekings haben auch ohnedies die Führungsgruppe wirksam getroffen. Ihre Reaktionen waren dementsprechend umfassend, aber auch hastig, ja, nervös. Schon am 6. April, einen Tag nach dem T'ienanmên-Zwischenfall, wies ein Leitartikel der „Volkszeitung“ darauf hin, daß „der unverbesserliche kapitalistische Machthaber in der Partei“ völlig isoliert sei, aber weiter hieß es: „Wir müssen die Klassenfeinde daran hin-

dern, Gerüchte zu verbreiten, Zwischenfälle zu provozieren, Massen gegen Massen aufzuhetzen, die Revolution zu zerstören und die Produktion zu sabotieren. Eine kleine Handvoll von Klassenfeinden hat politische Gerüchte fabriziert, die Herzen der Menschen verstört und die Parteizentrale unter der Führung des Vorsitzenden Mao angegriffen und zu spalten versucht. Wir müssen gegen sie die Diktatur des Proletariats anwenden.“ ⁶¹)

War hier der Hinweis auf die Unruhen in der Hauptstadt noch verhüllt, so gab die Zentrale Volksradiostation Peking am 7. April um 20 Uhr zusammen mit den Nachrichten über die Ernennung Hua Kuo-fêngs und den Sturz Teng Hsiao-p'ings einen ersten umfassenden und sehr offen gehaltenen Bericht über die Ereignisse des 5. April. Von diesem Augenblick an bis zu dem Zeitpunkt, an dem dieser Bericht geschrieben wurde ⁶²), ist kein Tag vergangen, an dem die Medien der VR China nicht ausführlich zu dem Stellung genommen haben, was jetzt „der konterrevolutionäre politische Zwischenfall auf dem T'ienanmên-Platz“ genannt wird.

Am 8. April veranstaltete die Führung der KCT eine Großkundgebung mit mehr als einer Million Teilnehmer auf dem T'ienanmên-Platz ⁶³). Schulen, die Belegschaften von Betrieben und Truppeneinheiten wurden geschlossen herangeführt, um die Unterstützung der Parteizentrale durch die Massen zu demonstrieren. Bis Anfang Mai folgten ähnliche Kundgebungen in allen Provinzen und Städten Chinas. Die Provinz-Parteikomitees der 29 Verwaltungseinheiten des Landes und die Oberkommandos der zehn Wehrbereiche sahen sich am 10., 11. und 12. April veranlaßt, einzeln in Telegrammen den Parteiführern und der Zentrale ihre Loyalität zu versichern ⁶⁴). Die Kommentare der zentralen Medien aber brachten erhebliche Besorgnis zum Ausdruck. Schon am 10. April stellte die „Volkszeitung“ in einem Leitartikel fest, die Unruhen seien „vorbedacht, geplant und organisiert“ gewesen ⁶⁵).

In einem weiteren Leitartikel zog die „Volkszeitung“ eine Parallele zu den Ereignissen 1956 in Ungarn und verlangte, die „Klassenfeinde“ müßten „unterdrückt“ (*chen-ya*) werden ⁶⁶).

⁵⁴) Ein Vergleich drängt sich auf: Wie hätten die Freunde der KCT in der Bundesrepublik es wohl aufgenommen, wenn Presse und Rundfunk in Berlin nach dem 2. Juni 1967 zwar die Verletzung eines Polizisten, nicht aber den Tod des Studenten Benno Ohnesorg gemeldet hätten?

⁵⁵) Volksradio Hunan, 11. 4. 1976, 18 Uhr, und: ZVR Peking, 12. 4. 1976, 10 Uhr.

⁵⁶) Volksradio Fukien, 9. 4. 1976, 8 Uhr.

⁵⁷) Volksradio Kiangsi, 4. 5. 1976, 18.30 Uhr.

⁵⁸) Ming-pao, 6. 4. 1976.

⁵⁹) Lien-hê pao (Vereinigte Zeitung), T'aipei, 7. 4. 1976.

⁶⁰) Chung-yang jih-pao, T'aipei, 4. 5. 1976.

⁶¹) JMJP, 6. 4. 1976.

⁶²) 5. Mai 1976.

⁶³) JMJP, 9. 4. 1976.

⁶⁴) NCNA, Peking 10., 11. und 12. 4. 1976.

⁶⁵) JMJP, 10. 4. 1976 (Hervorhebung d. Verf.).

⁶⁶) JMJP, 18. 4. 1976.

Am 20. April begann Radio Peking, Teng als den „Imré Nagy Chinas“ zu bezeichnen ⁶⁷⁾.

Die Ereignisse in Peking haben aber auch bewirkt, daß die Linke unmittelbar nach dem Sturz Tengs auf umfassende Säuberungen unter den rehabilitierten Kadern verzichten mußte. Von den leitenden Männern des Apparats der Staatsverwaltung fehlte auf der Namensliste der Feiern zum 1. Mai 1976 nur der Vizepremier und Vorsitzende der Plankommission Yü Ch'iu-li. Zwar meldeten ausländische Journalisten von einem Besuch in K'unming Wandzeitungs-Attacken auf den Ersten Sekretär des Provinzkomitees der KCT von Yünnan, Chia Ch'i-yün ⁶⁸⁾, im übrigen aber sind bisher keine Säuberungen unter den Provinzfürhern der Partei bekanntgeworden, von denen viele langjährige Mitarbeiter Tengs im zivilen Parteiapparat waren.

Am 1. Mai demonstrierte die Parteiführung Einigkeit: Unter der Leitung Hua Kuo-fêngs traten außer Mao und dem greisen, erblindeten Marschall Liu Po-ch'eng alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros gemeinsam auf ⁶⁹⁾.

Die Vermutung, daß der Schock der Pekinger Unruhen zunächst den intra-elitären Konflikt gedämpft habe, kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser Konflikt andauert. Die Linke hat dies seit dem 5. April auch mehrmals deutlich werden lassen.

Als die Parteiführung am 26. April Delegierte der an der Niederwerfung der Unruhen beteiligten Verbände von Arbeitermiliz, Polizei und Armee empfing, um ihnen für ihren Einsatz zu danken, waren außer dem Parteiführer der Hauptstadt, Wu Tê, sowie den beiden Militärs Ch'en Hsi-lien und Su Chen-hua nur jene Mitglieder und Kandidaten des Politbüros zugegen, die als Vertreter der vereinigten linken Fraktion bezeichnet werden können: Hua Kuo-fêng, Wang Hung-wên, Chang Ch'un-ch'iao, Chiang Ch'ing, Yao Wên-yüan, Chi Teng-k'uei, Wang Tung-hsing, Ch'en Yung-kuei, Wu Kuei-hsien und Ni Chih-fu ⁷⁰⁾.

Zusammen mit Mao stellen sie jetzt die Hälfte der 22 noch amtierenden Vollmitglieder und Kandidaten im Politbüro.

Angesichts dieser Situation wird man davon ausgehen müssen, daß bei den Entscheidungsvorgängen in Peking zur Zeit die Linke meistens in der Lage ist, eine Mehrheit zu bilden. Aus eben diesem Grunde konnte Teng

Hsiao-p'ing trotz seiner für oberflächliche Beobachter stark erscheinenden Position gestürzt werden. Seit Mitte Februar dieses Jahres hatte die Linke um den Parteiführer ihre Angriffe völlig auf Teng konzentriert. Dies wurde dadurch verdeutlicht, daß die zentralen Medien nur noch im Singular von „jenem (na-kê) unverbesserlichen kapitalistischen Machthaber in der Partei“ sprachen. Doch schon der Leitartikel der „Volkszeitung“ vom 18. April insinuierte, daß es auch noch andere gäbe, indem er Teng als „größten unverbesserlichen kapitalistischen Machthaber in der Partei“ bezeichnete und „kapitalistische Machthaber von der Art Teng Hsiao-p'ings“ kritisierte ⁷¹⁾.

Gleichzeitig kündigte „Chih Hêng“ scharfe Unterdrückungsmaßnahmen an, um in Zukunft Unruhen wie jene am T'ienanmên zu verhindern: „Marxisten erkennen klar den Nutzen der revolutionären Gewalt... Als wir den konterrevolutionären Aufruhr (pao-luan) auf dem T'ienanmên-Platz zerschlugen, haben wir die Methode der revolutionären Gewalt gegen jene der konterrevolutionären Gewalt gesetzt... Wir müssen ihre (der Sicherheitskräfte am 5. April, d. Verf.) Erfahrungen nutzen, gegen die Konterrevolution, gegen Schläger, Brandstifter, und Gewalttäter müssen wir umfassende Unterdrückung (chen-ya) anwenden.“

Abschließend erläuterte er der chinesischen Bevölkerung den Charakter der Redefreiheit, wie sie im Art. 28 der Verfassung der VR China vom 17. Januar 1975 garantiert wird: „In entschlossener Weise werden wir nirgendwo und zu keiner Zeit die Freiheit konterrevolutionärer Propaganda dulden. Politische Gerüchte und Klatsch dürfen wir nicht nur nicht glauben und nicht weiterverbreiten, wir müssen sie vielmehr auch ausmerzen, müssen kontinuierlich gegen sie Untersuchungen durchführen. Die Freiheit der Rede gibt es nur innerhalb des Volkes!“ ⁷²⁾

„Ch'ih Hêng“ teilte allerdings nicht mit, wer denn bestimme, was „politische Gerüchte und Klatsch“, vor allem aber, wer das „Volk“ sei. Zwei Jahrzehnte der Beobachtung chinesischer Politik haben uns jedoch gelehrt, daß dies gelegentlich von der Mehrheit des Politbüros, gelegentlich allein von jenen entschieden wird, die jeweils militärisch die Hauptstadt und politisch die zentralen Medien kontrollieren.

Die Linke scheint also weiterhin eine Säuberungsaktion vorzubereiten. Ob es ihr gelingen

⁶⁷⁾ „Chi Yen“, loc. cit.

⁶⁸⁾ AFP, K'unming, 21. 4. 1976.

⁶⁹⁾ NCNA, Peking, 1. 5. 1976.

⁷⁰⁾ NCNA, Peking, 26. 4. 1976.

⁷¹⁾ JMJP, 18. 4. 1976 (Hervorhebung d. Verf.).

⁷²⁾ „Ch'ih Hêng“, loc. cit. (Hervorhebung d. Verf.).

wird, sich durchzusetzen, ob gar der am 3. Mai gemeldete Tod des Erziehungsministers Chou Jung-hsin durch „Gehirnschlag“⁷³⁾ schon ein Teil dieser Säuberungsaktion war, läßt sich zur Stunde noch nicht eindeutig ermitteln.

Daß die angekündigten scharfen Unterdrückungsmaßnahmen auch jetzt nicht ausreichen, um Widerstandsakte aus der Bevölkerung zu verhindern, beweist der von einem Sprecher des chinesischen Außenministeriums bestätigte Bombenanschlag eines Selbstmordkommandos von Jugendlichen auf die Botschaft der UdSSR in Peking am Nachmittag des 29. April, bei dem zwei Angehörige der Sicherheitstruppen den Tod fanden⁷⁴⁾.

III.

Eine vorläufige Wertung der Ereignisse in China in der ersten Aprilhälfte 1976 muß von der Frage ausgehen, ob erkennbar geworden sei, aus welchen *Bevölkerungsgruppen* sich die Teilnehmer an den Demonstrationen rekrutierten.

In T'aiwan sprach man von „anti-maoistischen, anti-kommunistischen Massen“⁷⁵⁾, in der UdSSR von „immer neuen Gruppen von Werktätigen... die gegen die Politik der maoistischen Führung auftreten“⁷⁶⁾. Diese beiden Behauptungen geben jedoch wenig Aufschluß und mögen auch wohl vor allem dem eigenen Wunschdenken entwachsen sein. Die chinesischen Kommunisten selbst beschränken sich auf eine Serie von **abwertenden** Darstellungen. Sie bezeichneten die Demonstranten als „eine kleine Handvoll von Klassenfeinden“ (*I hsiao-tso chieh-chi ti-jen*), „schlechte Elemente“ (*Huai lèn-tzu*), „Aufrührer“ (*Pao-l'u*) „Gangster“ (*Chia-huo*) sowie „Dämonen und Monster“ (*Niu-kuei shê-shen*; wörtlich: „Kuhteufel und Schlangengeister“). Während die chinesischen Medien seit dem Abend des 7. April täglich darauf hinweisen, daß die Unruhen durch die Existenz „neuer und alter Kapitalisten innerhalb und außerhalb der Partei“ sowie von Grundbesitzern, reichen Bauern, Konterrevolutionären, schlechten Elementen und Rechtsabweichlern, die sich mit ihrer Niederlage nicht abgefunden haben“, bewirkt worden seien, fehlen

Wir werden auf jeden Fall davon ausgehen müssen, daß in Zukunft die repressiven Züge des politischen Systems in der VR China noch stärker als bisher zum Ausdruck kommen werden.

Dies ist aber nicht die einzige und wahrscheinlich nicht einmal wichtigste Konsequenz der Pekinger Aprilkrise. Für mittel- und langfristige Überlegungen erscheint es bedeutsamer, daß am 3., 4. und 5. April auf dem T'ienanmèn-Platz zum erstenmal seit 1957 wieder für die Außenwelt unüberhörbar ein China sprach, das wir weder aus den Organen des Propagandaapparats der Partei noch aus den Elogen westlicher Propagandisten Pekings kennen.

eben diese Epitheta — abgesehen von dem vagen Begriff der „schlechten Elemente“ — in den parteiamtlichen Berichten über die Unruhen selbst.

Aus dieser Tatsache kann geschlossen werden, daß Angehörige der sogenannten „fünf schwarzen Kategorien“ (*Hei-wu-lei*)⁷⁷⁾ und andere Personen, die außerhalb des „Volkes“ stehen, überhaupt nicht oder höchstens in geringer Zahl an den Demonstrationen beteiligt waren. Für diese Feststellung spricht auch die Tatsache, daß die meisten Angehörigen der „fünf schwarzen Kategorien“ schon seit der Kulturrevolution aus der Hauptstadt ausgesiedelt wurden und die dort Verbliebenen besonders gründlich überwacht werden. Wenn aber diese Gruppe bei den Unruhen gar nicht oder kaum in Erscheinung trat, dann muß die überwiegende Mehrheit der Demonstranten aus jenen gesellschaftlichen Schichten gekommen sein, die nach chinesisch-kommunistischer Definition zur Kategorie des „Volkes“ gehören. In der Tat zeigen die wenigen Fotografien, die von den Pekinger Unruhen ins Ausland gelangten, daß etwa die Hälfte der Demonstranten Oberschüler und Studenten waren, angesichts der Zulassungspraxis zu weiterführenden Bildungsanstalten in der VR China also mit Sicherheit überwiegend Kinder von Arbeitern, Bauern, Soldaten und

⁷³⁾ Reuter, Peking, 3. 5. 1976.

⁷⁴⁾ AFP, Peking, 30. 4. 1976.

⁷⁵⁾ U. a.: Chung-yang jih-pao und Lien-hê pao, 8. 4. 1976.

⁷⁶⁾ TASS, 6. 4. 1976, zitiert in: Neues Deutschland, Berlin-Ost 7. 4. 1976.

⁷⁷⁾ Die „fünf schwarzen Kategorien“ (*Hei-wu-lei*) umfassen Grundbesitzer, reiche Bauern (beide nach den Kategorien der Bodenreform von 1950/53), Konterrevolutionäre, schlechte Elemente und Rechtsabweichler. Sie erhalten ihre Kategorienbezeichnung in den Personalausweis eingetragen, haben kein Wahlrecht, werden besonders überwacht, ihre Kinder haben in aller Regel Schwierigkeiten, auf weiterführende Schulen zu gelangen.

Parteikadern. Außer Jugendlichen sind auf den Bildern in größerer Zahl Arbeiter, jüngere Frauen und Intellektuelle, ja, sogar einzelne Kader zu erkennen.

Auf die Beteiligung von Angehörigen der Intelligenz läßt auch die von den Organen der Partei benutzte Bezeichnung „Dämonen und Monster“ schließen, die in der VR China für kritische Intellektuelle reserviert ist.

Die Teilnehmer an den Demonstrationen in Peking kamen also aus allen wesentlichen Gruppen der städtischen Bevölkerung, wobei Jugendliche und Intellektuelle nach den bisher vorliegenden Daten wahrscheinlich überrepräsentiert waren.

An diese Feststellung schließt sich die Frage nach den *Motiven des Protests* an. Die parteiamtlichen Quellen bezeichnen übereinstimmend Teng Hsiao-p'ing als „Drahtzieher“ der Unruhen, die von ihm und seinesgleichen langfristig geplant und vorbereitet worden seien. Dafür spricht, daß in den Demonstrationen Plakate und Spruchbänder mitgeführt wurden, die forderten, Teng solle die Leitung der Arbeit in der Parteizentrale übernehmen. Andererseits scheint die Tatsache, daß zu den Parolen der Demonstranten auch die Forderung nach „echtem Marxismus-Leninismus“ gehörte, auf mögliche Einflüsse sowjetischer Agenten hinzudeuten. Die überwiegende Zahl der Schlagworte, Plakate und Spruchbänder äußerte jedoch unspezifizierte, allgemeine Kritik an Mao Tse-tung, dessen engsten Mitarbeitern und der von ihnen vertretenen Politik.

Die Behauptung der Pekinger Führung, Teng Hsiao-p'ing habe die Unruhen angestiftet, muß schon deshalb bezweifelt werden, weil es ihm, der von der „Volkszeitung“ am 6. April als „vollständig isoliert“ bezeichnet wurde, mit Sicherheit nicht möglich war, un beobachtet jene Vorbereitungen zu treffen, die nötig gewesen wären, um Demonstrationen dieses Umfanges zu veranlassen.

Alle bisher bekanntgewordenen Daten weisen vielmehr darauf hin, daß die Protestbewegung in Peking aus einer Anzahl unterschiedlicher, zunächst nicht miteinander verbundener Motive entstand:

— Rehabilitierte Kader der unteren und mittleren Organisationsebene mögen einen Versuch unternommen haben, Teng Hsiao-p'ings Sturz zu verhindern, um auf diese Weise der Einleitung einer neuen Säuberungskampagne entgegenzuwirken.

— Schüler und Studenten befürchteten, daß ein Sieg der Linken im innerparteilichen Konflikt eine erneute Verschärfung der Politik

der Verschickung jugendlicher Intellektueller in die Dörfer (Hsia-fang) zur Folge haben würde.

— Lehrer und Dozenten fanden sich im Widerspruch zu dem erziehungspolitischen Programm der Linken, das politischer Indoktrinierung den Vorrang vor fachlich orientiertem Unterricht einräumt.

— Höher bezahlte Facharbeiter, Vorarbeiter und Ingenieure wandten sich gegen die von Mao und der Parteilinken angestrebte Abschaffung des Leistungslohn- und Prämiensystem in der Industrie.

— Künstler und Schriftsteller sahen die durch Teng vertretene Tendenz gefährdet, größere Ausdrucksfreiheit und Vielfalt im außerpolitischen Raum zuzulassen.

— Alle Gruppen der städtischen Bevölkerung hatten sich durch die Parole von den „Vier Modernisierungen“ angesprochen gefühlt und vermuteten, daß ein Sieg der Linken von neuem revolutionären Mobilisierungsversuchen Priorität gegenüber der materiellen Entwicklung Chinas verschaffen könnte.

Die schrittweise Eskalation der Unruhen vom 29. März bis zu den Ereignissen des 5. April läßt nur den Schluß zu, daß die Demonstrationen entweder von einer hochgradig effizienten und dichten Organisation geplant wurden oder aber spontan entstanden sind. Da eine solche Organisation unter den Bedingungen strikter Kontrolle durch die Sicherheitsorgane in der Hauptstadt kaum aufgebaut werden konnte, muß davon ausgegangen werden, daß es sich um eine spontane Massenbewegung handelte, in der sich erst im Laufe der Ereignisse die unterschiedlichen Motive der Teilnehmer zu einem einheitlichen, in seinen Grundzügen deutlichen Programm vereinigt haben.

In jenen Motiven und in diesem Programm sind aber in der Gesellschaft auf dem chinesischen Festland Gegensätze zutage getreten, die offenbar schon seit einer Reihe von Jahren keimten. Innerparteiliche Konflikte in der VR China haben sich nie im luftleeren Raum abgespielt. Liu Shao-ch'i und die Mehrheit der zivilen Parteiführung konnten 1959/60 ihre Politik der Readjustierung nach der Politik des „Großen Sprungs nach vorn“ gegen Mao durchsetzen, weil der Protest gegen die verschärfte Kollektivierung in den Volkskommunen die Dörfer des Landes erfaßt hatte. In der Kulturrevolution mobilisierten Mao Tse-tung, Lin Piao und ihre Fraktion zunächst die Studenten und Oberschüler, die unter einem starren Prüfungssystem litten und wegen des Überangebots an Hochschulabsolventen ihre

berufliche Zukunft gefährdet sahen. Später nutzten Kulturrevolutionäre und Opposition die Gegensätze zwischen Facharbeitern einerseits sowie Hilfs- und Saisonarbeitern andererseits, die sich in den Fabriken seit Anfang der sechziger Jahre immer deutlicher bemerkbar gemacht hatten. Lin Piao wurde nicht zuletzt deshalb gestürzt, weil Angehörige des Apparats der Staatsverwaltung und regionale Militärkommandeure auf den wachsenden Widerstand der chinesischen Bauern gegen seinen Versuch einer Rückkehr zum Kollektivierungs- und Mobilisierungskonzept des „Großen Sprungs“ von 1958 mit einer Senkung der Herrschaftsansprüche an die Landbevölkerung zu beantworten bereit waren.

Aber in all diesen Konflikten traten die Bürger außerhalb der Führungsgruppe nicht spontan mit Rudimenten eines eigenen Programms auf. Das gilt auch für die Kulturrevolution, in der die von der Fraktion um Mao zunächst mobilisierten Massen intellektueller Jugendlicher erst während des Höhepunktes und vor allem in der Endphase des Konfliktes außer Kontrolle gerieten.

In der Aprilkrise hingegen gewann der Konflikt mit der Konkretisierung seit langem wirksamer gesellschaftlicher Gegensätze eine neue Dimension und mit dem spontanen Eingriff der Bevölkerung in die intra-elitären Auseinandersetzungen eine neue Qualität.

Aus dieser Feststellung müssen sowohl für das Studium der chinesischen Politik als auch für den politischen Umgang ausländischer Regierungen mit der VR China Konsequenzen gezogen werden, die schon jetzt eine gewiß noch vorläufige Formulierung finden können.

Typologische Ansätze zur Analyse innerparteilicher Konflikte, die aus der Beobachtung der chinesischen Politik in den letzten zwei Jahrzehnten entwickelt worden sind, können auch weiterhin zum Verständnis der Gruppenbildung und der Beziehungen innerhalb der Führungselite beitragen. Sie bedürfen jedoch einer Ergänzung durch Arbeiten an einer Typologie der *unkontrollierten Massenbewegung*. Dabei gilt es insbesondere, ein vertieftes und differenziertes Verständnis für die Probleme der chinesischen Gesellschaft zu entwickeln. Dem Studium sozialer Gegensätze und der Äußerung sozialen Protests gebührt in Zukunft der Vorrang vor der Untersuchung von Tendenzen, Programmen und Konfrontationen der Elite.

Viele China-Reisende, denen die Regierung in Peking in den letzten Jahren gerade deshalb Einlaß gewährte, weil sie von der Ahnungslo-

sigkeit und Gutgläubigkeit dieser gezielt ausgewählten Gäste ausgehen konnte, sollten endlich erkennen, daß ihre Berichte über lauter glücklich lächelnde Chinesen irreführen.

Die meisten von ihnen haben die bittere Erfahrung machen müssen, daß sie in einem Land, dessen Sprache und Schrift sie nicht beherrschen und dessen historisch-kulturelle und politisch-soziale Entwicklung sie nicht kennen, für viele Wahrnehmungen blind und taub sind. Sie sollten nach ihrer Heimkehr also nicht vergessen, daß die zumeist gestellten Momentaufnahmen auf ihren ohnehin von den staatlichen Behörden völlig vorprogrammierten Reiserouten sie nicht wirklich sehend und die freundlichen Dolmetscherdienste ihrer ständigen chinesischen Reisebegleiter sie nicht wirklich hörend gemacht haben.

Die Regierungen, die mit der VR China politisch umgehen müssen, können aus den jüngsten Ereignissen zumindest vier Schlüsse ziehen:

1. Zu den kontroversen Fragen des innerparteilichen Konflikts wie des Konflikts zwischen der Elite und der Bevölkerung zählte *nicht* Chinas Politik gegenüber der Sowjetunion. Mindestens bis zum Tode Mao Tse-tungs, aller Wahrscheinlichkeit jedoch noch darüber hinaus, ist kaum mit einer *grundlegenden* Änderung im chinesisch-sowjetischen Verhältnis zu rechnen. Eine solche Änderung darf mittelfristig trotzdem nicht ausgeschlossen werden, und es sollten schon jetzt Überlegungen für den Fall angestellt werden, daß sie in den achtziger Jahren eintritt.

2. In den nächsten Monaten, vielleicht sogar über die nächsten zwei oder drei Jahre hindurch, wird die Parteilinke den intra-elitären Entscheidungsvorgang in Peking maßgeblich beeinflussen. Das bedeutet wahrscheinlich ein Abgehen von der Tendenz der letzten Jahre in denen sich die VR China in umfassender Weise auf den Import westlicher Technologien verließ. Der Handel mit China wird deshalb zwar nicht erheblich zurückgehen müssen, eine bemerkenswerte Ausweitung dieses Handels ist in nächster Zeit jedoch nicht mehr zu erwarten.

3. Die erneute Hinwendung zu einer mobilisatorischen Entwicklungspolitik, mit der gerechnet werden muß, wird noch zu Lebzeiten des Parteivorsitzenden auf den wachsenden Widerstand großer Teile der Bevölkerung und wahrscheinlich auch vieler Kader der unteren und mittleren Organisationsebenen stoßen. Deshalb sind in der nächsten Zeit weitere krisenhafte Zuspitzungen von Opposition und

Widerstand zu erwarten, die jedoch nicht notwendigerweise die gleichen Formen annehmen müssen wie in Peking Anfang April dieses Jahres.

4. Es ist nicht mehr auszuschließen, daß die Aprilkrise ein Vorzeichen für noch umfassendere, das politische System selbst bedrohende Auseinandersetzungen über die personelle Nachfolge, über die noch wichtigere Generationennachfolge sowie über die langfristigen Perspektiven der chinesischen Politik nach dem Ausscheiden Maos darstellt. Heutiges politisches Verhalten westlicher Regierungen gegenüber der VR China könnte daher über spätere, gesicherte Handlungsmöglichkeiten entscheiden.

Die Regierungen der westlichen Welt — und übrigens auch jene des europäischen Ostblocks — wären angesichts dieser Aussichten gut beraten, wenn sie die VR China in den nächsten Jahren nicht als konsolidierten, verlässlichen Faktor in ihre Überlegungen einbezögen, wenn sie auf der Grundlage der bestehenden Kontakte jene Vorsicht des Umgangs entwickelten, die gegenüber hochgradig variablen, noch keineswegs stabilisierten weltpolitischen Größen geboten ist. Detaillierte Eliten- und Generationsstudien führen zu dem Ergebnis, daß solche Vorsicht die China-Politik anderer Staaten zumindest bis in die Mitte der achtziger Jahre bestimmen sollte ⁷⁸⁾.

Der Sturz Teng Hsiao-p'ings hat es uns wieder einmal vor Augen geführt, wie schwierig es

ist, über die Entwicklung der intra-elitären Kräfteverhältnisse eines transitorischen Krisensystems Voraussagen zu treffen, und wie gefährlich es ist, auf solche Voraussagen politische Verhaltensweisen zu gründen.

Die Pekinger Unruhen haben deutlich gezeigt, daß der Konflikt in China über die Auseinandersetzungen innerhalb der Führungselite hinausgewachsen ist. Er trägt langfristigen und grundlegenden Charakter. Seine Ursache liegt in dem fürwahr antagonistischen Widerspruch zwischen dem erzieherischen Anspruch der Ideologie und dem Verlangen offenbar doch großer Teile der Bevölkerung nach verbesserten Lebensbedingungen in einer weniger reglementierten Gesellschaft. Wieder einmal ist bereits dieses elementare Verlangen von der Mehrheit der Parteiführung als der Wunsch nach einer „Restauration des Kapitalismus“ disqualifiziert und zurückgewiesen worden. Die Möglichkeiten zur Lösung des chinesischen Grundwiderspruchs sind damit von neuem erheblich eingeschränkt worden, genaugenommen auf die einzige Möglichkeit, die die maoistische Theorie für die Lösung antagonistischer Widersprüche vorsieht: die Anwendung physischer Gewalt.

⁷⁸⁾ Vgl. Jürgen Domes, Innenpolitische Voraussetzungen: Aspekte der Organisation und Führung, in: Die Außenpolitik Chinas. Entscheidungsstruktur, Stellung in der Welt, Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, München 1975, S. 83—162.

Ernst-Otto Czempel: Die Politik der USA im südlichen Afrika

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30/76, S. 3—24

Der Autor setzt sich mit den Konflikten im südlichen Afrika auseinander und geht in diesem Zusammenhang insbesondere auf das Verhältnis der Vereinigten Staaten zur Republik Südafrika ein. Seine These ist, daß Amerika in Südafrika auf der falschen Seite kämpfe, genauer: daß es nicht deutlich genug auf der richtigen Seite kämpft. Nach dem großen Prestigeverlust durch das Engagement in und den Rückzug aus Angola stehen die USA heute vor der Frage, wie sie künftig ihre Afrikapolitik einrichten sollen. Das zielt letztlich auf ihr Verhältnis zur Republik Südafrika. Was Kissinger mit seiner jüngsten Afrika-Reise wirklich im Sinn hatte, wird sich an der Politik gegenüber der Republik erweisen.

Der Autor analysiert die einzelnen Stationen der amerikanischen Südafrika-Politik des letzten Jahrzehnts unter besonderer Berücksichtigung der politisch-militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Pretoria. Er kommt zu dem Ergebnis, daß unter der gegenwärtigen Regierung kein Wandel in der amerikanischen Politik zu erwarten ist: Die Zurückhaltung gegenüber einer Zusammenarbeit auf militärisch-politischem Gebiet, die die Administration Kennedy geübt hatte, wurde unter Kissinger abgebaut; die wirtschaftliche Interaktion nahm bis in die Gegenwart stetig zu. Eine qualitative Veränderung der amerikanischen Afrika-Politik müßte drei Aspekte berücksichtigen: erstens eine eindeutige Parteinahme für die Rechte der schwarzen Mehrheiten, zweitens eine aktive, essentielle Hilfspolitik für die schwarzafrikanischen Staaten und drittens eine politische Einwirkung auf die Republik Südafrika.

Jürgen Domes: Die Aprilkrise in China. Vorgeschichte, Verlauf und Auswirkungen des Sturzes von Teng Hsiao-p'ing und der Unruhen in Peking

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30/76, S. 25—39

Das plötzliche Auftreten von Vizepräsident und Sicherheitsminister Hua Kuo-fêng als neuer amtierender Premierminister Chinas am 7. Februar dieses Jahres und seine endgültige Ernennung zum Premierminister und Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der Kommunistischen Partei am 7. April haben überall in der Welt unter den Kennern der chinesischen Szene Überraschung ausgelöst. Hua setzte sich gegen den Stellvertreter Chou En-lais, Teng Hsiao-p'ing, durch und ist damit nach dem ehemaligen Staatspräsidenten Liu-Shao-ch'i, der in der Kulturrevolution 'gesäubert' wurde, dem im September 1971 von der Bildfläche verschwundenen ehemaligen Verteidigungsminister Lin Piao und dem im Januar 1976 verstorbenen, langjährigen Premierminister Chou En-lai der vierte designierte Nachfolger Maos geworden. Der neue Premier Chinas genießt im Westen bisher nur einen geringen Bekanntheitsgrad und erschien offenbar deshalb vielen auch als unbedeutend. Er wurde vor allem von den westlichen Journalisten in Peking als ein „Mann der Mitte“, also als Garant der seit 1971/72 gültigen chinesischen Politik ausgegeben. Aber schon die unmittelbaren Umstände, die am 7. April zu seiner Ernennung führten, deuten auf das Gegenteil hin.

In den ersten Apriltagen hatten sich Tausende von zumeist jüngeren Leuten vor dem Tor ‚des himmlischen Friedens‘ auf dem weiten Aufmarschplatz im Herzen Pekings eingefunden, um dem verstorbenen Premier Chou En-lai zum Totengedenktage besondere Ehren zuteil werden zu lassen. Versuche der Regierung, die immer umfangreicher werdende Demonstration der Totenehrung für Chou zu unterbinden, führten zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Menschenmenge und den Sicherheits- und Ordnungskräften. Die Parolen der Demonstranten ließen keinen Zweifel mehr daran, daß die Mengen in dem Aufstieg der von Hua Kuo-fêng geführten Fraktion innerhalb der Kommunistischen Partei und in der massiven Kampagne, die sie nur wenige Wochen nach dem Tode Chou En-lais gegen Vizepremier Teng Hsiao-p'ing eingeleitet hatten, die Gefahr einer neuerlichen einschneidenden Korrektur des innenpolitischen Kurses sahen. Zum ersten Male sprachen sich damit die von Partei und Regierung so oft zitierten „Massen“ für alle Welt wahrnehmbar gegen Maßnahmen und Entscheidungen aus, die von Mao Tse-tung gebilligt worden waren. Sie begehrten also gegen den Parteivorsitzenden selber auf. Das transitorische Krisensystem der Volksrepublik China, das sich seit 1959 aus in immer kürzerer Abfolge auftretenden Konflikten rivalisierender Gruppen innerhalb der Kommunistischen Partei entwickelt hat, läßt damit heute eine neue Dimension erkennen: den offenen Konflikt zwischen den herrschenden Eliten und großen Teilen der Bevölkerung.